

GLOBAL



VON DER KUNST, IN ZEITEN DES FREI ZIRKULIERENDEN
KAPITALS DEN KOPF NICHT ZU VERLIEREN

RESISTANCE

MIT BEITRÄGEN VON MARKUS WISSEN, MICHAEL HEINRICH
UND DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTION BERLIN



Herausgeberin:
Antifaschistische
Aktion Berlin

Postfach 580544
10414 Berlin

Tel. 030. 27 56 07 56
Fax. 030. 27 56 07 55
aab@antifa.de
www.antifa.de

Preis:
1,50 Euro

V.i.S.d.P.:
Sid Vicious
Karl-Marx-Allee 366
Berlin

Für Björn, Hannes & die anderen die wegen den
Anti-EU Protesten von Göteborg im Knast sitzen.

Schreibt ihnen doch mal:

Jesse-Björn Buckler
Box 22113
50412 Boras Anstalten, Schweden

Hannes Westberg
Anstalten i Skannige, Box 214
50412 Skannige, Schweden

04 Intro Antifaschistische Aktion Berlin

Ein neuer linker Aufbruch?

08 Die Entstehung einer internationalen Bewegung? Antifaschistische Aktion Berlin

Die Entstehung der Bewegung unter Berücksichtigung der
Entwicklung der Linken.

12 Zwischen Dialog und Staatskritik Markus Wissen

Akteure und Politikansätze in der internationalen Protestbewegung.

18 Entfesselter Kapitalismus? Michael Heinrich

Zur Kritik der Globalisierungskritik.

24 Give me convenience or give me death Antifaschistische Aktion Berlin

Über die Grundannahmen und Schlüsse der GlobalisierungskritikerInnen.

30 Outro Antifaschistische Aktion Berlin

This is not the end...





LET THE BATTLE BEGIN...

[Introduction]

Innerhalb weniger Jahre hat sich, zuerst am Rande der Treffen multinationaler Wirtschaftsorganisationen und dann aller wichtiger internationaler Gipfel, eine Protestbewegung gebildet, die allgemein als neuer linker Aufbruch gehandelt wird. Von Krawallen auf die Tagesordnung gesetzt, wurde die Diskussion über die Folgen aktueller kapitalistischer Entwicklung, in breiten Kreisen, nicht nur der Linken, wiederbelebt. Damit haben es die Anti-Globalisierungsbewegung als erste linke Strömung, seit dem Zusammenbruch der SU, geschafft, über Ihren eigenen Bekennerkreis hinaus, die schicksalhafte Auslieferung der Menschheit an den Kapitalismus in Frage zu stellen. So medienwirksam und heroisch aber der Beginn der Anti-Globalisierungsbewegung auch bisher verlief, so wenig neue Gedanken entwickelte sie bisher. Ihr Pluralismus der allgemein als Stärke gefeiert wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Mischung aus Fragmenten verschiedener gescheiterter linker Strömungen.

Wiederbelebt wurde unter anderem: von den Anarchos die Subsistenzwirtschaft, der Frauenbewegung die Technikfeindlichkeit und von den Stalinisten und Sozialdemokraten die Staatsgläubigkeit. Selbstverständlich lässt sich die Dummheit von Parolen immer mit der Notwendigkeit begründen, komplizierte Zusammenhänge plakativ zu verbreiten. Da wir aber diese Ausrede selbst schon so häufig benutzt haben, erkennt unser geschärftes Auge hinter falschen Parolen falsche Vorstellungen. Dieses Misstrauen führt zunehmend auch innerhalb der aus autonomen und sozialen Bewegungen hervorgegangenen Initiativen zu einer Verschiebung der Diskussionsschwerpunkte. Galt bis vor kurzem schon der Verweis auf die Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung als nebenwiderspruchsverdächtig, ist es heute eine Zeichen guten Geschmacks wenigstens einige Brocken marxistischer Nomenklatur zu beherrschen. Marx Beschreibung der Eigendynamik und des schrankenlosen Geltungsanspruchs des Kapitals scheint, 150 Jahre nach seiner Formulierung, die angemessenen Kategorien für die momentanen Veränderungen zu liefern. Da wir uns vor allem den autonomen und sozialen Bewegungen verbunden fühlen, haben wir versucht, mit der vorliegenden Broschüre die entscheidenden Aspekte der Globalisierung näher zu beleuchten und so zu der anstehenden Diskussion beizutragen.

Durch die von den Antiglobalisierungsaktivisten eröffnete Diskussion, ist die schon von vielen abgeschriebene Hoffnung auf eine starke antikapitalistische Bewegung wieder aufgeflammt. Durch das Anprangern neuer sozialer Ungerechtigkeiten, ist das Interesse an ökonomischen Zusammenhängen neu erwacht und damit der Ärger über die Allmacht des Marktes. Aufgabe der kommunistischen Linken ist es, auf dieses Interesse mit einer Kritik zu antworten die Sachzwänge ignoriert und die Bewegungsgesetze des Kapitals in den Mittelpunkt stellt. Kritik und

schlaue Gedanken verbreiten sich aber nicht von selbst sondern müssen, meist lautstark, vorgetragen werden, deshalb sehen wir unsere Aufgabe ebenso in der Aufrechterhaltung linker Infrastruktur. Denn, trotz Immaterialisierung und Virtualisierung muss Widerstand immer noch organisiert werden. Spricht man über Globalisierung, wird klar, dass es dabei um eine Reihe verschiedener, teilweise auch von Beschreibung zu Beschreibung wechselnder Phänomene geht. Obwohl kapitalistischen Gesellschaften seit ihren Anfängen die grundsätzliche Eigenschaft haben, auf der Jagd nach neuen Profiten, neue Absatzmöglichkeiten und Ressourcen zu erschließen und damit die Tendenz zur weltweiten Ausdehnung vorgegeben ist, bezeichnet man mit Globalisierung in der Regel erst die Epoche nach dem Ende des Nachkriegsbooms ab Anfang der 70er Jahre.

Dem Zweiten Weltkrieg folgte in fast allen Industriestaaten eine Zeit hoher Wachstumsraten. Die Bedingungen dafür wurden häufig bereits vor dem Krieg, durch eine Umorientierung der Industrie auf private Konsumgüter und Maßnahmen die Kaufkraft zu steigern, geschaffen. Als die klassischen Märkte gesättigt und daher die hohen Wachstumsraten nicht mehr zu erzielen waren, kam es zu einschneidenden Krisen. Wegen der hohen Verschuldung der meisten Industrienationen war die in der Vergangenheit erfolgreiche Ankurbelung der Konjunktur durch den Staat nicht mehr möglich. Auf der Suche nach neuen Wachstumsmöglichkeiten galten von nun an die Regelungen der Nachkriegszeit wie soziale Sicherungssystem, staatliche Kontrolle über Bildung, Gesundheit und Wohnung sowie Hemmnisse im Kapitalverkehr als veraltet. Schnell verbreiteten sich neoliberale Ideen als Antwort auf die Krise. Besonders die Abschaffung von Einschränkungen des Kapital und Währungstransfers übertrugen schnell nationalstaatliche Befugnisse auf internationale Märkte, Spekulationen und Finanztransfers über Länder-

grenzen hinweg wurden erleichtert und damit die Konkurrenz zwischen Nationen und Regionen erheblich verschärft. Die Verschärfung der dem Kapitalismus innewohnenden Sachzwänge war Anlass für weitere Deregulierungen. Durch neue Produktionsmittel, vor allem Computer und Roboter, konnten unterschiedlicher Märkte schneller erschlossen sowie große Teile des Industrieproletariats entlassen werden. Beschleunigt wurde dieser Prozess vor allem durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und der damit verbundenen Ausräumung aller Markthindernisse auf deren ehemaligen Territorien. Der seitdem beschriebene und kritisierte Prozess der Globalisierung unterscheidet sich somit als Kategorie grundsätzlich von der des Imperialismus. Während Imperialismus definiert wurde, um eine historisch notwendige Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu fassen, ist Globalisierung eine an Hand bestimmter Entwicklungen eingegrenzte Epochenbezeichnung.

Obwohl die Folgen dieser Entwicklung, die Verelendung unproduktiver Regionen, Abbau von Sozialleistungen in den Industriestaaten und das Zurückweichen der Politik vor ökonomischen Sachzwängen zumindest unter Linken unstrittig sind, gibt es bei deren Bewertung erhebliche Unterschiede. Als gemeinsame Tendenz der Globalisierungsdiskussion lässt sich ein wiedererstarktes Interesse an den Mechanismen des Marktes und der damit verbundenen Kritik der politischen Ökonomie erkennen. Dahinter erscheint eine Diskussion, die auf den ersten Blick an den bekannten Disput Reform vs. Revolution erinnert. Trotzdem geht die Diskussion um die Globalisierung oder wie Marx es formulierte „die Herausbildung des Marktes in seinem idealen Durchschnitt“ weiter als bisherige Konflikte zwischen Revolutionären und Reformern. Angesichts der enormen Integrationsfähigkeit des Kapitalismus stellen sich auch den radikalen Kritikern, Fragen nach der Möglichkeit einer Überwindung des Kapitalismus.



[Trotz Immaterialisierung
und Virtualisierung muss
Widerstand immer noch
organisiert werden.]

Anders als auf dem Höhepunkt des Fordismus stellen staats-sozialistische Modelle heute keine Alternative mehr dar. Andere Alternativen sind ebenfalls nicht in Sicht und so bleibt den radikalen Kritikern im Moment nur der Verweis auf die utopische Hoffnung einer umwälzenden Veränderung.

Welche Stimmen sich in der Anti-Globalisierung bisher als Wortführer hervorgetan haben beschreibt in dieser Broschüre Markus Wissen. Aber nicht nur das letztendliche Ziel der Veränderung ist fragwürdig geworden, auch die Möglichkeiten des Einflusses auf gesellschaftliche Prozesse sind unklar. Welche Möglichkeiten haben gesellschaftliche Akteure, innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft Verhältnisse zu verändern? Inwiefern sind politische Entscheidungen das Produkt gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse oder der Notwendigkeit, Profite zu erwirtschaften? Besonders die Rolle des bürgerlichen Nationalstaats steht dabei stark im Mittelpunkt des Interesses. Wird die Globalisierung von den Politikern gemacht oder reagieren diese auf veränderte Verwertungsbedingungen? Ganz offensichtlich verändert sich die Rolle der Nationalstaaten sowohl was ihre Funktionen gegenüber ihren Bürgern als auch was das Verhält-

nis der Nationalstaaten untereinander betrifft. Während aber vor 20 Jahren, vor allem von den Autonomen (siehe u.a. *Autonomia Operaia* und Joseph Fischer), noch prognostiziert wurde, der Staat entwickle sich zu einer alles dominierenden Superfabrik, die die Individuen immer gleichförmiger zurechte, herrscht heute angesichts immer weniger staatlichen Verbindlichkeiten eine eher nostalgische Verklärung der Segnungen des Nachkriegsklassenkompromisses vor. Erklärbar sind solche Meinungsumschwünge dadurch, dass die Rolle welche einem idealen bürgerlichen Staat als Garant möglichst günstiger Kapitalverwertung zukommt und welchen Sachzwängen er daher prinzipiell unterliegt, nur ungenügend in politische Überlegungen einbezogen wurden. Deshalb haben wir zu diesem Themenkomplex Michael Heinrich gebeten die Funktionen und Bestimmungen bürgerlicher Staaten, aus marxistischer Sicht zu umreißen.

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren innerhalb eines sich als antinational verstehenden Teil der Linken eine intensive Diskussion um die Relevanz anti-imperialistischer Theorien entwickelt. Im Vordergrund standen dabei vor allem vermeintliche oder tatsächliche anti-semitische Stereotype antiimperialisti-

scher Propaganda sowie die Behauptung der Antiimperialismus wäre nicht in der Lage den Kapitalismus angemessen zu beschreiben. Zwar existieren die damals kritisierten Bewegungen und Gruppen nicht mehr, aber Teile ihrer Prämissen und Schlüsse finden sich bei den GlobalisierungskritikerInnen wieder. Obwohl diese Diskussion bisher hauptsächlich auf Deutschland beschränkt war, hat sie unseres Erachtens einige wichtige Defizite antiimperialistischer Theorien zu Tage gefördert, die von einer neuen Bewegung berücksichtigt werden müssen. Am Beispiel der Positionen von Maria Mies haben wir versucht einige gängige Argumente im Globalisierungsdiskurs herauszuarbeiten, die unserer Meinung nach u.a. auf diese Tradition verweisen, selbst wenn sie häufig von sozialdemokratischen Vorstellungen durchbrochen sind. Unser Ziel war es dabei nicht, uns an konstruierten Extrempositionen abzuarbeiten, sondern zu überlegen, welche Konsequenzen die kritisierten Positionen haben. Andere wichtige Aspekte der Globalisierung und des Protestes dagegen mussten wir aus Zeit und Kompetenzmangel weglassen, trotzdem wünschen wir euch viel Spaß beim Lesen.

Antifaschistische Aktion Berlin
www.antifa.de





DIE ENTSTEHUNG EINER INTERNATIONALEN BEWEGUNG?

Die Beiträge über die Einschätzung der Anti-Globalisierungsbewegung mehren sich - meist als Beschreibung des Status Quo und dem Versuch Prognosen der weiteren Entwicklung abzugeben. Der nachfolgende Artikel will die Entstehung der Bewegung unter Berücksichtigung der Entwicklung der Linken skizzieren und außerdem die Fragen aufwerfen, die uns für die weitere Orientierung wichtig erscheinen.



Der „offizielle“ Startpunkt der Bewegung wird im November 1999 mit Seattle gesetzt. Der Grund ist offensichtlich, gab es doch in Seattle zum ersten mal anlässlich eines (dort WTO) Gipfels so massive Ausschreitungen auf der Strasse, dass zumindest der Gipfel beeinträchtigt wurde. Demvorausgegangen waren verschiedene „unspektakuläre“ Großdemonstrationen seit Anfang der 90er Jahre anlässlich EU-, WTO, Weltbanktreffen auf der ganzen Welt, allerdings, zumindest in Deutschland, noch mit wenig breiter öffentlicher Beachtung. Mit Seattle wurde deutlich, dass die Kritik am globalisierten Kapitalismus nicht weiter ignoriert werden konnte. Medienkompatible Bilder gingen um die Welt, es wurde über einen Protest gestaunt, der aus dem Nichts auf die Strasse getreten zu sein schien.

Where do you come from...?

Zu Beginn der 90er Jahre befindet sich die Linke in Westeuropa im permanenten Abwärtstrend. Das Verschwinden der Systemkonfrontation (Kapitalismus versus real existierendem Sozialismus) lässt die Linke utopielos und desorientiert zurück, auch diejenigen, die sich nicht auf den real-existierenden Sozialismus bezogen hatten. Die Welt verändert sich, doch die Linke schafft es nicht in ihren Analysen und Strategien mit dieser

Entwicklung Schritt zu halten. Die klassischen Analysen und Lösungsansätze schienen antiquiert. Der Klassenkampf als entscheidender Konflikt kapitalistischer Gesellschaften wurde verworfen- somit auch die Bestimmung der Arbeitenden als revolutionäres Subjekt, deren historische Bestimmung die Errichtung des Sozialismus sei. Es war nicht mehr denkbar, dass der Umsturz des Kapitalismus durch den Sturz einer herrschenden Klasse erreicht werden konnte. In linken Diskursen seit den 80er Jahren, wurde erst versucht, das klassische revolutionäre Subjekt durch andere Subjekte wie Frauen oder Migrantinnen zu ersetzen, bis die Absurdität dieser Subjektsuche in Additionen wie Frau plus Arbeiter plus Migrantin ihren Höhepunkt fand und sich schließlich darin auflöste, dass die Suche nach einem bestimmten Subjekt, welches zur Revolution besonders geeignet schien, im Zuge von Diskussionen um Identität allgemein, aufgegeben wurde. Es setzte sich mehr die Auffassung durch, dass es nicht an „den Herrschenden“ in persona läge, sondern der Kapitalismus als eine Struktur, unabhängig von Personen, zu bekämpfen sei.

Auch die internationalen Bezugspunkte, an denen sich stets eine Linke konstituiert hatte, verschwanden. Die nationalen Befreiungsbewegungen stellten für die Linke keine Perspektive mehr dar. Zum

einen schien es ab 1990 unmöglich, ohne wirtschaftliche Unterstützung bzw. Anschluss an einen sozialistischen Handelsverbund den Sozialismus in einem Land zu errichten und andererseits konnten die nationalen Befreiungsbewegungen die Hoffnungen, die zumindest die deutsche Linke in sie gesetzt hatte, nicht erfüllen. Das Nationale siegte über das sozialistische Anliegen und der Kapitalismus konnte weder abgeschafft werden noch wurde das „befreite Leben“ eingeführt. Diese fehlenden Orientierungspunkte stellten auch einen Grund der Auflösung der bewaffneten Gruppen in Westeuropa dar, die sich als verlängerter Arm der Befreiungsbewegungen im „Herzen der Bestie“ verstanden hatten.

Verbindliche linke Ideen sind in dieser Situation nicht mehr vorhanden, die Linke auf der Strasse ist je nach Bewegungsschwerpunkt mal stärker mal schwächer sichtbar (Anti-AKW, Antifa...), die Aufsplitterung der unterschiedlichen politischen Konzepte wurde nicht aufgehoben. Der Kapitalismus wird am Ende des 21. Jahrhunderts als Sieger der Geschichte als einzig umsetzbares Gesellschaftssystem gefeiert – niemand scheint an der Beseitigung dessen interessiert zu sein oder die für eine Neukonzeption der Möglichkeiten der Überwindung des Kapitalismus notwendige Stärke entwickeln zu können.



Where do you want to go tomorrow?

Der Aufstand der Zapatisten 1994 stellte für einen Teil der Linken den Beginn einer neuen zeitgemäßen Widerstandsbewegung dar, charakterisiert durch internationalen Austausch, den Aufbau von Netzwerken anhand moderner Kommunikationsmittel wie Internet. „Es geht nicht um die Eroberung der Macht oder die Einsetzung (auf friedlichem oder gewaltsamen Weg) eines neuen Gesellschaftssystems, sondern um etwas, das dem einen und anderen vorgelagert ist. Es geht darum, das Vorzimmer der neuen Welt aufzubauen, einen Raum, in dem die verschiedenen politischen Kräfte mit gleichen Rechten und Pflichten um die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschaft kämpfen (...) Wir schlagen keine orthodoxe Revolution vor, sondern etwas viel Schwierigeres: eine Revolution, die eine Revolution ermöglicht.“ (Subkommandante Marcos)

Die Zapatisten sind seit längerem die erste Bewegung, die einen globalen Anspruch vertritt. Dies wurde interessant für diejenigen, die auf der Suche nach neuen Bezugspunkten waren. Interga-

laktische Treffen, die von den Zapatisten initiiert wurden, hatten Ausstrahlung, erstmals wurde die Entwicklung des Kapitalismus als Neoliberalismus benannt und angegriffen. Dies war der Initialpunkt für Gruppen wie PGA (Peoples Global Action) die sich international koordinierten und auch agierten. Sie nahmen Gipfeltreffen zum Anlass, ihren Protest zu artikulieren und propagierten früh den zivilen Ungehorsam, der die Gesetze der kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaften nicht anerkennen sollte, da diese eine Politik betreiben, die nicht für die Menschen, sondern für den Profit von Wirtschaftsunternehmen von Nutzen ist.

Smash capitalism!

Auch wir als Antifa sind seit 1998 bemüht internationale Kontakte herzustellen um einen Austausch über die verschiedenen Bedingungen linksradikaler, kapitalismuskritischer Politik herzustellen. Durch die EU und die Angleichung der gesellschaftlichen Verhältnisse überall in Europa und erstarkende faschisti-

sche Bewegungen befinden sich viele antifaschistische Gruppen in ähnlichen Situationen was sich auf die Art und Themen ihrer Politik auswirkt. Ab Mitte der 90er, anlässlich der Gipfeltreffen der internationalen Regierungs- und Wirtschaftsgremien, treten internationale Antifa-Blöcke unter dem Motto „Fight fortress europe“- oder „smash capitalism“ auf.

Zumindest für die deutsche Linke stellten sich erstmals wieder Bedingungen ein, bei denen mehr als 10.000 Menschen auf die Strasse gingen. Die öffentliche Resonanz ging jedoch gegen Null, ähnlich gering war die Übereinstimmung der Ziele und Anliegen der verschiedenen Gruppierungen und Organisationen. So liefen TierschützerInnen, die um den Erhalt einer bestimmten Art besorgt waren, neben GewerkschafterInnen, die für europäische Standards der Beschäftigungssicherheit demonstrierten, durch die Strassen der Tagungsorte - jeweils gestärkt vom Gefühl „Viele“ zu sein. Um so größer die Enttäuschung, dass

sich niemand dafür interessierte; die Demonstrationen fanden oft nur in einer Randnotiz Erwähnung. Jede Gruppe oder Organisation für sich hatte nicht die Möglichkeit den Druck soweit zu erhöhen, dass der Protest diskussionsfähig wurde.

In diese Situation platzte die „Battle von Seattle“. Mit der Kombination von Massenmobilisierung und Militanz hatte es die internationale Protestbewegung in Seattle geschafft, den Schwerpunkt der Berichterstattung vom Konferenzsaal auf die Strasse zu verlagern. Seit Seattle nun sind die größten Gipfeltreffen von militanten Ausschreitungen begleitet.

Nicht mehr nur die NGOs mit ihren ganz konkreten Forderungen und Vorschlägen, sondern vor allem Aktionen, die unmissverständlich zeigen, dass ein Teil der Bewegung nicht dialog- und reformbereit ist und sich den herrschenden Spielregeln widersetzt, rücken auf die Agenda. Die Militanten haben dabei zumindest das Ziel erreicht, durch

das „Spektakel“ den Blickwinkel auf „die Radikalen“ und die symbolische Revolte umzulenken. Doch kann es nicht das Ziel der Militanten sein, den Focus zwar auf die Proteste zu richten, die inhaltliche Füllung der Kritik dann aber Gruppen wie attac zu überlassen. Militanz allein schon als Radikalität der Kritik schlechthin zu verstehen und nicht zu versuchen, die gewonnene Aufmerksamkeit für die Artikulation linksradikaler Positionen zu nutzen, lässt dabei die Zweckhaftigkeit von Militanz in Frage stehen. Es sollte deshalb darum gehen, an der Radikalisierung der Kritik und Fragen von deren Vermittlung zu arbeiten.

Von der radikalen Linken gibt es bisher kein Konzept, auf welche Positionen aufmerksam gemacht werden soll. Stattdessen wird über die Reinheit der Form gestritten. Sind die tute Bianche denn überhaupt richtig militant, wenn sie doch nur die Fernsbilder ausnutzen wollen, um dann gar nicht „weiterzumachen“. Indirekt wird damit unterstellt, man könne mit militanten Aktionen die

Machtfrage stellen; wenn im Moment auch nicht real – denn das die radikale Linke dafür derzeit nicht die Stärke innehat möchte wohl heutzutage niemand mehr abstreiten – dann doch zumindest symbolisch.

Und so sind die Möglichkeiten die wir auf den Gipfeln haben eben die der symbolischen Politik und die nutzen die tute Bianche momentan wesentlich besser als der black bloc. Dies ist ein Versäumnis, weil momentan die radikale Linke auf der Suche nach neuen Orientierungen ist und viele starkes Interesse an den Gipfelaktivitäten haben. Von daher brauchen wir eine Kapitalismuskritik, die sich auch in die Bewegung hinein vermitteln lässt – mit Aktionsformen, die diese Inhalte symbolisch vermitteln. Wir sehen dies als einen Prozess an, der sich in der Diskussion mit den unterschiedlichen Zielen der Bewegungen entwickeln sollte.



Zwischen Dialog und Staatskritik

[Akteure und Politikansätze in der internationalen Protestbewegung. Von Markus Wissen.]

Bereits vor „Genua“ hatte sich im massenmedialen Mainstream ein neuer Begriff etabliert: der des „Globalisierungsgegners“. Ähnlich präzise wie der Terminus „Globalisierung“ selbst, bezeichnete er all jene, die angesichts der globalen Transformationsprozesse ein diffuses Unbehagen empfanden und diesem am Rand von G-8-, WTO- oder IWF-Tagungen Ausdruck verliehen. Das Unbehagen, so die herrschende Wahrnehmung, bezog sich vor allem auf die Folgen „der“ Globalisierung für „die“ Dritte Welt. Den „Globalisierungsgegnern“ zufolge würden die Entwicklungsländer nämlich nicht nur von den Segnungen des freien Weltmarkts ausgespart, sondern es fehlten ihnen auch die Machtmittel, um dem etwas entgegen zu setzen. Die junge und sich von Gipfeltreffen zu Gipfeltreffen vergrößernde Schar wohlmeinender junger Leute springe hier in die Bresche und bemühe sich, die Repräsentationslücke mittels Straßenprotest und Gegengipfel zu schließen.

Wenn in dieses Bild der „Globalisierungsgegnern“ Differenzierungen eingezeichnet wurden, dann handelte es sich meist um die Unterscheidung zwischen „gewalttätigen“ und „friedlichen“ Demonstrierenden. Erstere, im Allgemeinen mit dem Label „schwarzer Block“ versehen, zeichneten sich dadurch aus, dass sie als „Krawallmacher“ oder „Polit-Hooligans“ durch die Lande zögen und in den Orten des Gipfelgeschehens regelmäßig eine Spur der Verwüstung hinterließen. Demgegenüber äußerte die friedliche Fraktion ihren Protest gesetzeskonform. Zur Belohnung wurde sie von Medien ebenso wie von Regierenden mit einer Mischung aus wohlmeinendem Verständnis und herablassender Belehrung belohnt.

Mit Genua hat sich vieles verändert, so auch die öffentliche Wahrnehmung der „Globalisierungsgegnern“. Die anonyme und in ihren Zielsetzungen kaum greifbare (bzw. nicht begriffene) Bewegung, genauer: deren nicht-militanter Teil, wird nun plötzlich auch in der Bundesrepublik mit einem Namen und mit konkreten Forderungen in Verbindung gebracht. Der Name lautet „ATTAC“, er ist die französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“. Entsprechend lautet die zentrale Forderung, spekulative Devisengeschäfte mit einer Steuer zu belegen, die nach ihrem Erfinder, dem Wirtschaftswissenschaftler James Tobin, „Tobin-Steuer“ genannt wird. Weitere ATTAC-Forderungen sind etwa die nach Schließung von – gemeinhin als „Offshore-Zentren“ bezeichneten – Oasen der Geldwäsche und Steuerflucht oder die nach Anhebung des Spitzensteuersatzes. ATTAC hat sich in Medien wie dem Spiegel, der taz oder der Frankfurter

Rundschau mittlerweile einen festen Platz als „Sprachrohr der Globalisierungsgegnern“ erobert – und dies nicht ganz zu Unrecht: erweist sich das Bündnis doch als äußerst geschickt darin, den Widersprüchen neoliberaler Globalisierung einen kampagnenfähigen Ausdruck zu verleihen. Jedoch täuscht die Identifikation des internationalen Protests mit ATTAC über die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Bewegung hinweg. Bereits unter dem Dach von ATTAC versammelt sich eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Akteure und Politikansätze. Und noch bunter wird das Bild der internationalen Protestbewegung, wenn man den Blick über ATTAC hinaus schweifen lässt.

Im Folgenden sollen unterschiedliche Politikansätze und Akteure innerhalb der Protestbewegung vorgestellt und historisch eingeordnet werden, mit dem Ziel, Stärken und Schwächen des internationalen Protests heraus zu arbeiten und davon ausgehend einige Herausforderungen zu skizzieren.¹ Vorab sei darauf hingewiesen, dass die Übergänge zwischen den Strömungen zum Teil fließend sind und dass einzelne Akteure sich häufig mehreren Politikansätzen zuordnen lassen.

Internationale Zivilgesellschaft: Protest auf diplomatischem Parkett

Anzeichen für eine erste Form der Internationalisierung von Protest, die sich gleichwohl noch nicht als „Bewegung“ bezeichnen lässt, datieren bereits von Anfang der 90er Jahre. Ein Schlüsseldatum ist das Jahr 1992. Damals wurde mit der Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in

Rio de Janeiro der Reigen der großen UN-Konferenzen der 90er Jahre eröffnet. Voraus gegangen war das Ende des Kalten Krieges, mit dem viele die trügerische Hoffnung verbunden hatten, den scheinbar gewachsenen politischen Handlungsspielraum für die Schaffung sozialerer, ökologischerer und demokratischerer Verhältnisse weltweit nutzen zu können. Ein Ausdruck dieser Hoffnung war auch der Aufstieg von umwelt- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu neuen Akteuren auf der (internationalen) politischen Bühne.² Häufig aus der Konkursmasse der neuen sozialen Bewegungen entstanden, versuchten sie, im Rahmen der UN-Konferenzen solche Interessen zu artikulieren, die von den RegierungsvertreterInnen nicht oder nur unzureichend repräsentiert wurden. Von „Globalisierungskritik“ oder „Globalisierungsgegnern“ war damals noch nicht die Rede, eher von einer „internationalen Zivilgesellschaft“, der die NGOs in den ansonsten von staatlichen Akteuren geprägten internationalen Verhandlungen eine Stimme verliehen.

Die UN-Konferenzen und damit auch das Engagement vieler NGOs wurden jedoch von Beginn an durch ganz andere, gegenläufige Ereignisse und Entwicklungen überlagert oder gar konterkariert. Schnell wurde deutlich, dass es sich zum großen Teil um Spielwiesen symbolischer Politik handelte, die zwar nicht ohne Wirkung blieb, die aber den – sich über andere internationale Organisationen durchsetzenden – regressiven Tendenzen kaum etwas entgegen zu setzen hatte. So wurde etwa 1992, im Jahr der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED), der Vertrag von Maastricht unterzeichnet.



[Der Kapitalismus gilt nicht per se als Problem. Im Zentrum der Kritik stehen vielmehr seine neoliberalen „Auswüchse“, die es durch eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Reichtums zu beseitigen gelte.]



Er beschleunigte die Dynamik der europäischen Integration unter neoliberalen Vorzeichen, die für eine sozialökologische Reformpolitik kaum Spielraum lässt. 1995, im Jahr des Weltsozialgipfels, erblickte die WTO das Licht der Welt, unter deren Regime soziale Regulierungen primär als Handelshemmnisse wahrgenommen werden. Es folgte der Versuch, im Rahmen des MAI die Vorherrschaft der Konzerne auch institutionell zu festigen und auszubauen. Und wie als militärische Bestätigung für die – allen UN-Gipfeldeklarationen zum Trotz – regressive Entwicklung der 90er Jahre schlug am Ende des Jahrzehnts eine multinationale Streitmacht ohne UN-Mandat in Jugoslawien zu. In dieser Konstellation – geprägt durch große Konferenzen mit wohlklingenden Absichtserklärungen einerseits und durch neoliberale Politik und Krieg andererseits – manifestierte sich die Begrenztheit des von vielen NGOs praktizierten Engagements. Zwar hatte die NGO-Community durch Alternativgipfel und Kontakte zu RegierungsvertreterInnen UN-Verhandlungen durch-

aus beeinflusst und sich dabei Anerkennung als „Mitspieler“ in internationalen Prozessen erworben. Gleichzeitig hatte sie mit ihrer Konzentration auf UN-Konferenzen aber auf die falschen Pferde gesetzt bzw. diese mit fragwürdigen Mitteln zu reiten versucht.³

Seattle oder: die Rehabilitierung radikaler Kritik

Die Proteste von Seattle, wo wenige Monate nach dem Jugoslawien-Krieg die „Millennium-Runde“ der Welthandelsorganisation (WTO) eröffnet werden sollte, können als die bis dahin konsequenteste und wirksamste Lehre aus der Begrenztheit von NGO-Politik interpretiert werden: Den Zumutungen einer notfalls von militärischer Gewalt begleiteten neoliberalen Globalisierung wurde nicht länger mit der Kraft des besseren Arguments begegnet – eine Strategie, die sich notwendigerweise auf das vom „Gegner“ strukturierte Terrain begeben und sich auf die von ihm definierten Formen der Auseinandersetzung einlassen muss. Hauptansatzpunkt waren auch

nicht mehr die Konferenzen der Vereinten Nationen. Statt dessen richtete sich der Protest gegen die WTO und nahm die Form eines symbolischen Angriffs an, der die Welthandelsorganisation als Ausdruck globaler Herrschaftsverhältnisse brandmarkte und damit delegitimierte. Vom Nebenschauplatz der UN-Konferenzen verlagerte sich der Protest also zum einen auf die institutionellen Zentren neoliberaler Globalisierung. Zum anderen weigerten sich die Protestierenden, das von den dominanten Interessen gestaltete Terrain als einzige Ebene der Konfliktaustragung anzuerkennen, und gingen dazu über, dieses Terrain und die auf ihm vorherrschenden Formen der Auseinandersetzung selbst in Frage zu stellen. Damit hatte sich die professionalisierte NGO-Politik historisch zwar nicht überlebt. Jedoch gewann ihr gegenüber eine zweite, anti-etatistische Strömung an Bedeutung. Repräsentanten derselben sind z.B. die italienischen Tute Bianche, die erstmals 1994 – bei einer Demonstration gegen die Räumung des Sozialen Zentrums Leoncavallo in Mailand – in Erscheinung

traten und sich in ihrer heutigen Form im Rahmen einer Demonstration gegen ein Mailänder Abschiebegefängnis Anfang 2000 konstituierten, sowie das internationale Netzwerk Peoples' Global Action (PGA), das sich im Februar 1998 aus dem Widerstand gegen die WTO sowie im Anschluss an die von den mexikanischen Zapatisten initiierten „Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft“ gründete. Beide fühlen sich einem zapatistischen Politikverständnis verpflichtet, lehnen also im Gegensatz zu professionellen NGOs und traditionellen Linksparteien staatszentrierte Strategien ausdrücklich ab. Sie setzen auf nicht-hierarchische Organisationsformen, beanspruchen, unterschiedliche emanzipatorische Ansätze zusammen zu führen (ohne sie gleichwohl auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu wollen), und praktizieren einen konfrontativen Politikstil, mit dem, so eine Tute-Bianche-Aktivistin, die „Gewalt des Systems“ aufgezeigt werden soll. Gekleidet in weiße Overalls, unter denen sie

Schaumgummi, Schwimmwesten oder Lastwagenschläuche tragen, und ausgerüstet mit Helmen und Gasmasken setzen die Tute Bianche dabei ihre Körper öffentlichkeitswirksam als „Waffe“ ein.⁴

Keynes international

Die dritte hier vorzustellende Strömung ist jene, die derzeit die herrschende Wahrnehmung der internationalen Protestbewegung am stärksten prägt. Sie wird an erster Stelle repräsentiert durch ATTAC, ihr lässt sich aber auch die Gruppe Raisons d'agir um den französischen Soziologen Pierre Bourdieu zuordnen. Letztere hat sich im Zuge der großen Streiks Mitte der 90er Jahre in Frankreich gebildet. Ihr geht es darum, eine europaweite soziale Bewegung zu initiieren, die das unverbundene Nebeneinander unterschiedlichster sozialer Kämpfe ebenso überwindet wie die Trennung zwischen kritischer Wissenschaft und sozialer Bewegung. In ihrer „Charta 2000“ schlägt Raisons d'agir die Einberufung von „Generalständen der sozialen

Bewegungen in Europa“ vor. ATTAC geht auf eine Initiative von Ignacio Ramonet (Le Monde diplomatique) zurück. Aus Frankreich kommend hat sich die Organisation mittlerweile in vielen anderen europäischen Ländern etabliert. In Deutschland hat sich nach dem Vorbild von ATTAC Frankreich Anfang 2000 das „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte“ gebildet, das mittlerweile den Namen „ATTAC“ angenommen hat. Das Spektrum seiner Mitglieder reicht von umwelt- und entwicklungspolitischen NGOs über kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen bis hin zu Linksruck, wobei jedoch die NGOs eindeutig tonangebend sind.⁵ Sowohl ATTAC als auch die Initiative von Bourdieu verstehen sich explizit als anti-neoliberal. Im Gegensatz zum dialogorientierten und die Kraft des besseren Arguments betonenden Politikstil vieler NGOs versuchen sie, ihren Zielen durch eine Mobilisierung von unten Nachdruck zu verleihen. Hierin ähneln sie den Initiativen der zweiten



[Lässt es sich anschaulicher als in Genua demonstrieren, dass der Staat eben nicht die Instanz ist, die gegen den scheinbar entfesselten Markt in Stellung gebracht werden kann, sondern im Gegenteil jene Instanz, die den neoliberalen Kapitalismus notfalls mit brutaler Gewalt durchsetzt und verteidigt?]

Strömung, zu denen sie andererseits erhebliche Differenzen aufweisen. Das gilt vor allem für ihr staatszentriertes, links-keynesianisches Politikverständnis. Während etwa PGA oder die Tute Bianche die grundlegende Herrschaftsförmigkeit von Staat und Kapitalismus betonen, versuchen ATTAC und Raisons d'agir durch Druck von unten auf den Staat einzuwirken, um Reformen zu erreichen. Der Staat soll also auf eine anti-neoliberale Politik verpflichtet werden und die im Neoliberalismus „von ihren Fesseln befreite“ Ökonomie wieder an die Leine legen. Dem liegt ein bisweilen etwas verklärter Blick auf den Fordismus zugrunde – also auf jene, bis etwa Mitte der 70er Jahre andauernde Phase des Nachkriegskapitalismus, in der es in den kapitalistischen Zentren zu breitenwirksamen Wohlstandssteigerungen kam. So bemängelt etwa Bourdieu, dass die Regierungen „ihre frühere Kontrolle über die Kräfte der Ökonomie Schritt für Schritt aufgegeben haben“, und spricht sich für einen „mit ausreichend politischen, juristischen und finanziellen Mitteln ausgestatteten europäischen Sozialstaat“ aus.⁶

Der Kapitalismus gilt in dieser dritten Strömung nicht per se als Problem. Im Zentrum der Kritik stehen vielmehr seine neoliberalen „Auswüchse“, die es durch eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Reichtumszubeseitigen gelte.⁷ Hierbei sei der Staat gefordert: in Gestalt des Nationalstaats, der z.B. den Spitzensteuersatz anheben soll, und in Gestalt internationaler staatlicher Instanzen bzw. Vereinbarungen, in deren Rahmen unter anderem die

Tobin-Steuer zu realisieren sei. Neben kapitalistischen werden auch andere Herrschaftsverhältnisse – Rassismus, patriarchale Geschlechterverhältnisse und zerstörerische Naturverhältnisse, wie sie gerade auch für den fordistischen Kapitalismus konstitutiv waren – bislang kaum thematisiert.

■ Nach Genua

Nach Genua könnte die internationale Protestbewegung an einem für ihre künftige Entwicklung entscheidenden Punkt angelangt sein. Die staatlichen Gewaltexzesse hatten zum einen das Ziel, den internationalen Protest, der seit Seattle erfolgreich die Legitimation von Institutionen wie der WTO, dem IWF oder G-8 in Frage gestellt hatte, nun seinerseits zu delegitimieren. Zum anderen sollte die Heterogenität und Widersprüchlichkeit der Protestbewegung genutzt werden, um diese zu spalten. Gemessen am Mitgliederzuwachs und an der medialen Präsenz, derer sich vor allem ATTAC in den ersten Wochen nach Genua erfreute, ist das Vorhaben der Delegitimierung gescheitert. Die bis ins bürgerliche Lager hinein reichende Kritik am Vorgehen der Polizei deutet sogar eher darauf hin, dass die staatlichen Repressionsapparate hier ein Eigentor geschossen haben.

Inwieweit auch die zweite Bedrohung, nämlich das weitere Auseinanderdriften der Bewegung bis hin zu deren Spaltung in einen staatskritischen und einen „dialogbereiten“ Teil, verhindert werden kann, muss sich hingegen erst noch zeigen. Denn zu erwarten ist, dass die eher staatszentrierten Strömungen

mit zunehmender Bekanntheit von den Regierenden verstärkt umworben werden und damit Gefahr laufen, sich von anderen Teilen der Bewegung zu entfernen. Vorstöße wie die von Daniel Cohn-Bendit können hier als Vorboten gedeutet werden. Wenn sich auch ATTAC bislang als kooptationsresistent erwiesen hat, so ist nicht auszuschließen, dass die Organisation bzw. einzelne ihrer RepräsentantInnen im Hochgefühl ihrer wachsenden Bedeutung den staatlichen Vereinnahmungsversuchen langfristig auf den Leim gehen. Denn die Versuchung ist groß, den Erfolg der eigenen Bemühungen daran zu messen, dass letztere bei scheinbar bedeutenden – weil im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehenden bzw. diese Öffentlichkeit erst herstellenden – Institutionen Beachtung finden. Und bis zum „Dialog“ am Runden Tisch ist es dann nur noch ein kleiner Schritt.

Damit es zur Vereinnahmung nicht kommt, sollten sich die Betroffenen vielleicht bewusst machen, dass die Medien und staatlichen Institutionen, von deren wohlwollender Zuwendung sie ihren eigenen Erfolg und ihre eigene Bedeutung abhängig machen, ihrerseits nur deshalb von Bedeutung sind, weil alle sie für bedeutend halten. Indem ich mich also von der Zuwendung, die sie mir schenken, geadelt fühle, reproduziere ich ihre Bedeutung, das heißt, ich stelle diese erst her. Damit stärke ich aber genau jene Institutionen, deren Überwindung eigentlich die Voraussetzung für das Erreichen meiner eigenen Ziele ist. Natürlich, niemand ist frei von Eitelkeit, und die Aussicht, sich



in seiner eigenen Bekanntheit sonnen zu dürfen, kann durchaus verlockend sein. Aber vielleicht sollte mensch sich den geschilderten Zusammenhang rechtzeitig klar machen, damit er/sie in der Lage ist, seinen/ihren machanalytisch sensiblen Verstand einzuschalten, bevor es hierfür zu spät ist. Das kann übrigens auch der eigenen Bekanntheit zuträglich sein, die arg darunter leiden dürfte, wenn mensch nach erfolgter Kooptation für die Herrschenden plötzlich wieder gänzlich uninteressant ist. Statt also in die Kooptationsfalle zu laufen, sollte – und diese Aufforderung richtet sich an die eher staatszentrierten Strömungen der Bewegung – Genua als Chance ebenso wie als Symbol für die Notwendigkeit einer Radikalisierung von Kritik verstanden werden. Schon vor Genua war der Verzicht auf eine Staats- und Kapitalismuskritik äußerst problematisch, bestand doch eine der zentralen Lehren neoliberaler Globalisierung gerade darin, dass die Chancen, über den Staat Veränderungen im emanzipatorischen Sinn zu erreichen, äußerst gering sind. Nach Genua erscheint mir der Verzicht auf radikale Kritik fast schon sträflich: Lässt es sich anschaulicher, als in Genua geschehen, demonstrieren,

dass der Staat – trotz seiner internen Widersprüche – eben nicht die Instanz ist, die gegen den scheinbar entfesselten Markt in Stellung gebracht werden kann, sondern im Gegenteil jene Instanz, die den neoliberalen Kapitalismus notfalls mit brutaler Gewalt durchsetzt und verteidigt? Dagegen zieht auch der immer wieder von ATTAC zu hörende Einwand nicht, dass erst der Verzicht auf radikale Kritik die Fähigkeit zu einer breitenwirksamen Mobilisierung begründe. Denn die Polizeimethoden von Genua stoßen bis in die Mainstream-Medien hinein auf Empörung. Und das kommt einer Steilvorlage auf eine Kritik gleich, die radikal und trotzdem bündnis- und mobilisierungsfähig ist. Die Herausforderung liegt demnach darin, die Steilvorlage aufzunehmen und zu verwerten, z.B. dadurch, dass die neoliberale Globalisierung als ein sich weltweit und gewaltförmig vollziehender Abbau von sozialen und politischen Rechten gebrandmarkt und dass das Profil der Protestbewegung als Teil eines globalen Kampfes für eine radikale Demokratisierung geschärft wird. Das heißt nun nicht, dass sich alle AktivistInnen in fröhlicher Eintracht im

Rahmen der zweiten hier vorgestellten Strömung vereinen sollten. Denn auch diese weist deutliche Schwächen auf, so etwa eine gewisse Theorielosigkeit: Statt den globalisierten Kapitalismus theoretisch zu durchdringen, wird oft auf einen nicht näher definierten Neoliberalismus-Begriff rekurriert, der dann als Erklärung für alle möglichen Missstände herhalten muss. Das macht es dann den Kritikern der Protestbewegung leicht, deren Anliegen als wohlmeinend-weltfremde Spinnereien abzutun. Außerdem fehlt es der zweiten Strömung – dies gilt zumindest für den deutschen Kontext – oft an einer lokalen Verankerung. So läuft sie Gefahr, sich auf ein diskontinuierliches Event-Hopping zu beschränken und für staatliche Repressions- und Delegitimierungsstrategien besonders anfällig zu sein. Dennoch geht vom anti-etatistischen Teil der internationalen Protestbewegung eine zentrale Botschaft an die beiden anderen Strömungen aus, nämlich die, dass radikale Kritik und Mobilisierungsfähigkeit durchaus Hand in Hand gehen können. ATTAC und Co. sollten sich hiervon inspirieren lassen.

Markus Wissen, Mitglied des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft
www.buko.info

¹ Die rechte Globalisierungskritik bleibt außen vor. Sie erfordert besondere Aufmerksamkeit und eine eigene Auseinandersetzung. Diese ist allerdings dringend geboten, wie ein Blick auf die Seite www.gegen-globalisierung.de zeigt.

² In Deutschland entstanden zu Beginn der 90er Jahre etwa die Organisationen WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) und Germanwatch sowie als bundesweites Dach unterschiedlicher NGOs das Forum Umwelt und Entwicklung. Auf internationaler Ebene schaltete sich ANPED (Alliance of Northern People on Environment and Development) in die umwelt- und entwicklungspolitische Debatte ein.

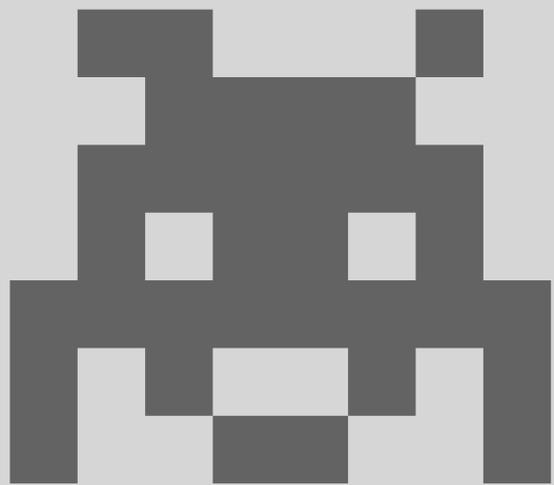
³ Vgl. Peter Wahl, „Sie küsstes und sie schlugen sich.“ Zum Verhältnis von Nichtregierungsorganisationen und internationalen Regierungsorganisationen, in: Ulrich Brand u.a. (Hrsg.), Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster 2001.

⁴ Siehe zu den Tute Bianche www.tutebianche.org, den Artikel „Rebellion der Körper“ von Thorsten Fuchshuber, in: Jungle World Nr. 19 vom 2. Mai 2001, und das unter dem Titel „Aufstand der Gespenster“ in konkret 9/2001 erschienene Interview mit zwei Tute-Bianche-Aktivistinnen. Zu PGA siehe www.agp.org und Rike Müller, Globalisierung des Widerstands? Das Netzwerk „Peoples' Global Action“, in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (Hrsg.), Köln/Leipzig. Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus, 1999.

⁵ Zu ATTAC siehe www.attac-netzwerk.de sowie „attac – eine andere Welt ist möglich“, Beilage zur taz vom 29. Juni 2001. Zum Projekt „Charta 2000“ und zur Gruppe Raisons d'agir siehe www.raisons.org sowie das Interview mit Pierre Bourdieu in Sozialismus 6/2000.

⁶ Pierre Bourdieu, Wider die entpolitisierte Politik, in: taz vom 11. April 2001.

⁷ Dies gilt nur eingeschränkt für ATTAC Frankreich. Hier wird zumindest über radikalere Forderungen diskutiert. So plädieren die AutorInnen eines Diskussionsbeitrags zu einer Konferenz von ATTAC Frankreich dafür, „tiefer“ anzusetzen und „die Frage der Formen des Eigentums an den Produktions-, Kommunikations- und Tauschmitteln nicht mehr als Tabu“ zu betrachten. SoZ Nr. 7 vom 29. März 2001.



Entfesselter Kapitalismus?

[Zur Kritik der Globalisierungskritik.
von Michael Heinrich.]

0 I.

Was von den Medien seit geraumer Zeit unter dem Schlagwort „Globalisierungskritiker“ zusammengefasst wird, ist eine sowohl von ihren politischen Wurzeln (in kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen, in entwicklungs- und sozialpolitischen Initiativen etc.) als auch von ihren Analysen, Aktionsformen und Zielen her äußerst heterogene Bewegung. Allgemeine Aussagen über „die“ Globalisierungskritiker sind daher mit Vorsicht zu genießen. Wenn ich mich im folgenden mit dem Kapitalismus- und Staatsverständnis dieser Bewegung auseinandersetze, so beziehe ich mich in erster Linie auf deren medienwirksamen Mainstream.

Zentral für die Mehrheit der Bewegung ist die Kritik an der zunehmenden Verarmung der Länder des Südens sowie an Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in den entwickelten kapitalistischen Ländern des Nordens. Als Ursache der kritisierten Entwicklungen wird die „neoliberale Globalisierung“ angesehen, die einen „Raubtierkapitalismus“ hervorgebracht habe. Sehr grob

lassen sich die Auffassungen über die kapitalistische Entwicklung der vergangenen 30 oder 40 Jahre, die dieser Vorstellung eines „entfesselten Kapitalismus“ zugrunde liegen, ungefähr so zusammenfassen:

In den 60er und frühen 70er Jahren gab es einen Kapitalismus, der in jedem Land mehr oder weniger staatlich reguliert und durch sozialstaatliche Einrichtungen abgedeckt war. In den 70er Jahren beginnt jedoch die „Liberalisierung“ der Finanzmärkte: der Staat zieht sich aus ihrer Kontrolle weitgehend zurück. Es entstehen jetzt nicht nur neue spekulative Anlageformen und riesige internationale Kapitalbewegungen, die immer wieder zu Währungskrisen führen, es wächst auch von Seiten der Kapitalanleger (Aktionäre, Banken, Investmentfonds) der Druck auf die produzierenden Unternehmen nicht nur Gewinn, sondern immer höheren Gewinn zu machen. Ideologisch abgestützt wird diese Entwicklung durch den Aufstieg des Neoliberalismus zur herrschenden Ideologie: möglichst

freie, deregulierte Märkte gelten als Allheilmittel für alle Schwierigkeiten. Sozialstaatliche Sicherungen werden nun ebenso beseitigt wie Regulierungen des internationalen Handels, die „neoliberale Globalisierung“ nimmt ihren Lauf Angetrieben von den Finanzmärkten entsteht ein weltweit „entfesselter Kapitalismus“: dient es den Gewinnen der FinanzspekulantInnen werden ganze Währungen (und mit ihnen die jeweiligen Volkswirtschaften) in Krisen gestürzt, „unfaire“ Weltmarktpreise erhöhen die Profite multinationaler Konzerne und führen zur Verarmung der „Dritten Welt“, und in einem wahnwitzigen „Standortwettbewerb“ werden in der „Ersten Welt“ sozialstaatliche Leistungen abgebaut und in den Betrieben beständig rationalisiert, so dass sich auch hier die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung zunehmend verschlechtern.

Einen Ausweg versprechen sich die Globalisierungskritiker von einer erneuten „Fesselung“ des Kapitalismus: einer Bändigung der Finanzmärkte

(etwa durch die Tobin Steuer) und einer Neuordnung des Weltmarkts, die den Entwicklungsländern „faire“ Preise und Kreditbedingungen einräumen soll. Und natürlich sollen auch die sozialstaatlichen „Errungenschaften“ der „Ersten Welt“ gegen die Angriffe des Kapitals verteidigt werden.

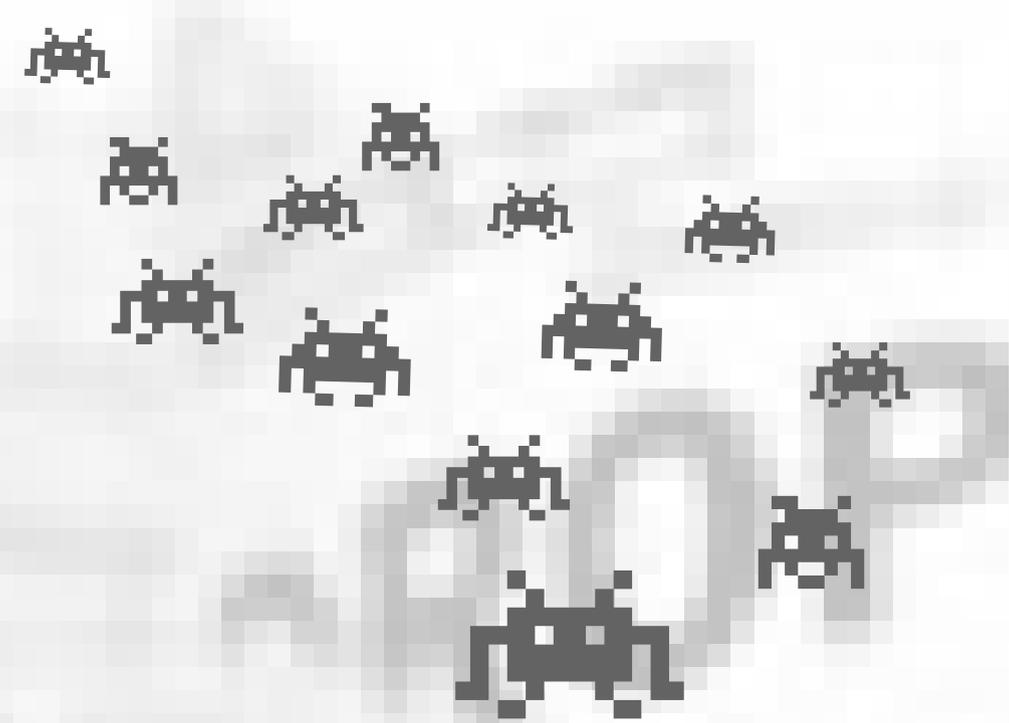
Wichtigster Adressat der Forderungen der Globalisierungskritiker sind dabei die einzelnen Staaten und ihre Regierungen. Diese sollen endlich etwas fürs Gemeinwohl tun: nämlich ihre Bevölkerung gegen den „entfesselten Kapitalismus“ schützen.

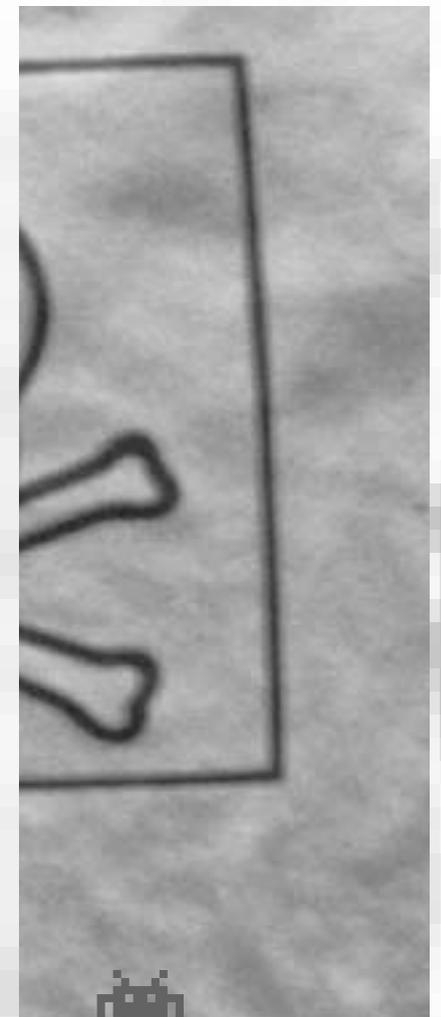
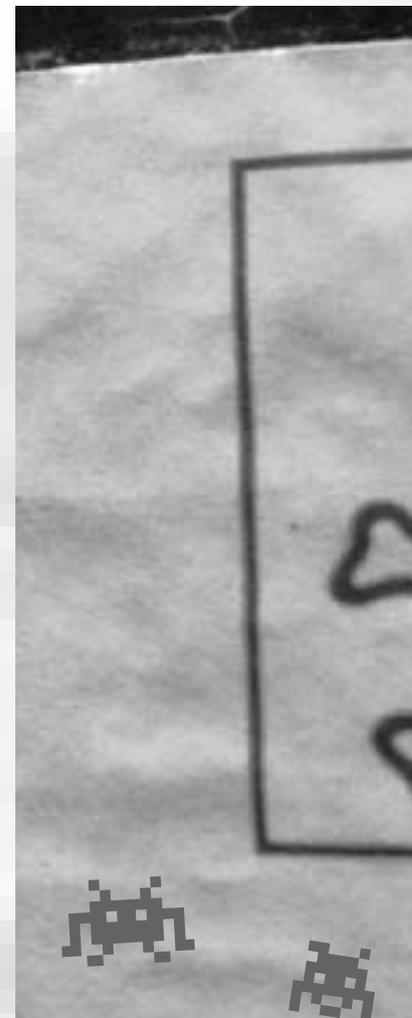
In diesen Auffassungen, die am deutlichsten von ATTAC (der ursprünglich in Frankreich entstandenen „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“) sowie der vom französischen Soziologen Pierre Bourdieu gegründeten Gruppe „Raisons d’agir“ (Gründe zu handeln) vertreten werden, ist jedoch sehr vieles außerordentlich problematisch.

0 II.

Zunächst einmal gewinnt die kritisierte „neoliberale Globalisierung“ ihre Konturen vor allem durch die Idealisierung der Vergangenheit des Kapitalismus, genauer gesagt des „golden age“ des Fordismus, das von den späten 50er bis in die frühen 70er Jahre reichte. In dieser Periode blieb der Kapitalismus in Nordamerika und Westeuropa weitgehend krisenfrei, es herrschte annähernd Vollbeschäftigung und sozialstaatliche Sicherungssysteme wurden ausgebaut. Diese Phase dauerte aber gerade einmal 20 Jahre. Sie war auf die kapitalistischen Zentren Westeuropas und Nordamerikas beschränkt und verdankte sich ganz besonderen Bedingungen: so unter anderem einer Produktivkraftentwicklung, die vor allem auf Massenproduktion und Taylorisierung (Zergliederung der Arbeitsprozesse) beruhte und daher mit relativ geringen zusätzlichen Kapitalkosten zu hohen Gewinnen führte, außerdem auf dem beschleunigten Wachstum des Welthandels, der vor und während des zweiten Weltkriegs weitgehend zusammengebrochen war. Im Währungssystem von Bretton Woods existierte ein

stabiler internationaler Rahmen der Kapitalbewegungen. Die Stabilität dieses Rahmens gründete nicht zuletzt in einer nicht nur ökonomischen, sondern insbesondere auch monetären Hegemonie der USA. In den 70er Jahren waren die Potenziale des Fordismus aber weitgehend erschöpft: Produktivkraftsteigerungen wurden immer teurer, der entfaltete Welthandel hatte nicht mehr die früheren Steigerungsraten und aus dem Erfolg der fordistischen Entwicklung resultierte schließlich auch eine Unterminierung der monetären Hegemonie der USA, so dass sich das Bretton Woods System nicht mehr aufrecht erhalten ließ. Das „Wirtschaftswunder“ der 50er und 60er Jahre läutete keine neue Epoche eines Kapitalismus ohne Krisen und Arbeitslosigkeit ein, es war vielmehr eine an besondere Bedingungen gebundene historische Ausnahmephase, das mit dem Ende dieser besonderen Konstellation auch selbst ans Ende kam: auf das Wirtschaftswunder folgten die Wirtschaftskrisen der 70er und 80er Jahre.





Produktion ist es Gewinn zu machen, und zwar nicht weil die einzelnen Unternehmer so besonders habgierig sind, sondern weil die Konkurrenz dies erzwingt. Ohne ausreichende Gewinne kann nicht investiert und modernisiert werden, die Folge wäre der Bankrott der Firma. „Soziale Verantwortung“ des Unternehmers ist in diesem System nicht vorgegeben.

Was nun seit den 80er Jahren auf die Ausnahmephase „Wirtschaftswunder“ folgte, ist allerdings keine einfache Rückkehr in die früheren Zeiten. Vor allem die Herausbildung eines weitgehend internationalisierten Finanzsystems ist tatsächlich etwas historisch Neues - nicht neu ist aber, dass das Finanzsystem als „bewusstlose“ Steuerungszentrale der Kapitalakkumulation fungiert. Hier sind wir an einem weiteren, äußerst problematischen Punkt der Analyse der Globalisierungskritiker. Ihre oft sche-

matisch-starre Gegenüberstellung von spekulativen Finanzmärkten, die für alles Schlechte verantwortlich sein sollen, und produktivem Kapital, das nützliche Waren produziert und Arbeitsplätze bietet, verkennt, dass Spekulation und Produktion im Kapitalismus immer schon zusammengehören. Kapitalistische Produktion funktioniert seit jeher mit den verschiedenen Formen des Kredits und des Aktienkapitals. Die Finanzmärkte ermöglichen den Unternehmen ihre Akkumulation von den Schranken des in der Vorperiode erzielten Profits zu befreien und nur dadurch ist die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte und die enorme Flexibilität - Eigenschaften, die den Kapitalismus von allen früheren Produktionsweisen unterscheidet - überhaupt möglich. Kredit wird aber nur in den Bereichen vergeben (und Aktien nur dort gezeichnet), wo besonders hohe Profite erwartet werden. Spekulation auf zukünftige Ent-

wicklungen steuert also immer schon die Kapitalflüsse. Und damit der Zufluss von Kapital nicht abreißt, sind die Unternehmen gezwungen, diese hohen Profite auch zu erzielen. Die Finanzmärkte treiben die Unternehmen stets von neuem dazu an, ihre Profitabilität zu steigern.

In den letzten Jahrzehnten hat sich nun keineswegs die Funktion der Finanzmärkte grundlegend geändert, was sich geändert hat, ist zum einen ihre Internationalisierung und zum anderen die Zunahme von „Finanzderivaten“ d.h. eine Vervielfältigung spekulativer Finanzanlagen. Die Spekulation hat heute noch umfassendere und „schnellere“ Möglichkeiten als früher - sie selbst ist aber nicht neu. Geändert hat sich vor allem die Reichweite der Finanzmärkte: Die internationalisierten Finanzmärkte setzen auch für die Kapitalverwertung zunehmend internationale Standards,

denen zumindest die großen, immer häufiger aber auch die mittleren Unternehmen genügen müssen.

Damit ihnen dies gelingt, müssen sie sich in „Global Players“ verwandeln, was häufig nur durch Fusionen oder Unternehmensübernahmen zu erreichen ist, auf die dann eine Rationalisierungs- und Entlassungswelle folgt. Was wir hier erleben, ist kein völlig neuer „entfesselter“ oder irgendwie „pervertierter“ Kapitalismus, vielmehr ist ein globaler Konkurrenzkapitalismus im Entstehen, der die immer schon zerstörerische, weil lediglich an der Verwertung des Werts ausgerichtete Logik des Kapitals durchsetzt - jetzt allerdings auf einem globalen Niveau.

III.

Die Zähmung des „Raubtierkapita-

lismus“ erwarten sich die Globalisierungskritiker vom Staat. Dieser soll den „entfesselten“ Kapitalismus „regulieren“: mittels Tobin-Steuer soll die kurzfristige Spekulation an den Finanzmärkten eingedämmt werden, aber auch weitergehende Maßnahmen wie Kapitalverkehrskontrollen werden angestrebt, um Kapitalbewegungen zu „entschleunigen“. Steueroasen und Steuerschlupflöcher sollen geschlossen werden, damit endlich eine „faire Besteuerung von Kapital“ möglich wird (so z.B. Christoph Bautz in der oben zitierten ATTAC-Beilage der taz). Man kann sich nun darüber streiten, inwieweit mit den vorgeschlagenen Maßnahmen die angestrebten Ziele tatsächlich erreicht werden können und ob die Erreichung dieser Ziele (z.B. die Entschleunigung der Finanzmärkte) dann tatsächlich die

erwarteten positiven Auswirkungen hätte; in beiden Punkten kann man mit guten Gründen recht skeptisch sein, Im folgenden soll es aber nicht um solche Probleme gehen, sondern um die grundsätzlichere Frage nach dem Verhältnis zu Staat und Politik.

Die Globalisierungskritiker erwarten sich vom Staat nichts geringeres als den Schutz der Bürger vor den zerstörerischen Auswirkungen kapitalistischer Entwicklung. Dabei wird unterstellt, der Staat solle als Hüter des „Gemeinwohls“ auftreten, tue dies aber nicht (oder jedenfalls nicht ausreichend). Ein Teil der globalisierungskritischen Bewegung versucht nun, vor allem durch Überzeugungsarbeit und mit Hilfe von Experten und Expertisen die Politiker von der „richtigen“ Politik zu überzeugen.

Viele NGOs sehen es bereits als Erfolg, wenn man sie in irgendein Beratungsgremium aufnimmt oder sie zu Expertenanhörungen einlädt. Ihre wohlmeinenden Vorschläge, die sie häufig selbst schon so zurückhaltend wie möglich formuliert haben, nur um „kompromissfähig“ zu sein, werden in der Regel jedoch immer wieder übergangen. Ein anderer Teil der Globalisierungskritiker tritt kämpferischer auf: Politik begreifen sie als ein Feld der Auseinandersetzung, auf dem sich Gruppen mit unterschiedlichen Interessen gegenüberstehen, die innerhalb und außerhalb von Institutionen um die Durchsetzung ihrer Interessen ringen. Diesem Teil der Bewegung ist klar, dass es nicht allein auf die besseren Argumente ankommt, sondern auch auf die Macht, sie durchzusetzen. Dementsprechend fordert ATTAC in ihrer „Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte“ national und international organisierten Druck: „Nur dann wird etablierte Politik die Interessen der Mehrheit der Menschen gegen die Interessen der Wirtschaft vertreten“.

Nun lässt sich nicht abstreiten, dass durch „öffentlichen Druck“ in Gestalt von Protest, Demonstrationen etc. Debatten, das Meinungsklima und auch politische Entscheidungen beeinflusst werden können. Allerdings stößt eine derartige Einflussnahme auch recht schnell an Grenzen, denn Staat und Politik bilden nicht einfach einen sozusagen „neutralen“ Kampfplatz, dieser Kampfplatz ist vielmehr in einer bestimmten Weise formiert: auf diesem Kampfplatz ist eben nicht alles möglich. Unabhängig vom Willen der Politiker und noch vor allen Kämpfen, Kräfteverhältnissen und Einflussnahmen, stehen Staat und kapitalistische Ökonomie in einem ganz bestimmten strukturellen Wechselverhältnis.

Im Unterschied zu den mittelalterlichen Leibeigenen, die in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu „ihrem“ Grundherrschaften standen, der dieses Verhältnis notfalls mittels eigener Gewalt durchsetzte, treten die modernen LohnarbeiterInnen den Kapitalisten als formell

freie und gleiche Eigentümer gegenüber. Sie schließen freiwillig einen Vertrag ab, der ihre eigene Ausbeutung zum Gegenstand hat. Es ist nicht die persönliche Gewalt des Kapitalisten, sondern, wie Marx es nannte, „die stumme Gewalt der ökonomischen Verhältnisse“ die sie dazu zwingt. Damit sich diese stumme Gewalt aber auch so richtig entfalten kann, muss die staatliche Gewalt dafür sorgen, dass einmal geschlossene Verträge auch eingehalten werden und dass das Eigentum auch wechselseitig akzeptiert wird. Indem sich der Staat den Eigentümern gegenüber (seien es nun Eigentümer von Produktionsmitteln oder nur von ihrer eigenen Arbeitskraft) ganz neutral verhält, sie als formell Gleiche behandelt und nur verlangt, dass Privateigentum und Vertrag akzeptiert werden, garantiert er das Kapitalverhältnis, ohne dass davon irgendwo explizit die Rede wäre.

Allerdings beschränkt sich das Verhältnis von Staat und kapitalistischer Ökonomie nicht auf die bloße Absicherung der Kapitalverwertung: für das Funktionieren des Staates ist es notwendig, dass die Kapitalverwertung möglichst profitabel vonstattengeht. Denn nur dann sprudeln auch die Steuern (egal ob sie nun in erster Linie von den Lohnabhängigen oder von den Kapitaleignern erhoben werden), die zur Finanzierung von Staatsapparat und Staatsaufgaben notwendig sind. Ist die Kapitalverwertung beeinträchtigt, sinken die Steuereinnahmen und zugleich wachsen die Sozialausgaben. Egal welche Partei an der Regierung ist, ihr erstes Ziel muss stets sein, dass es „unserer Wirtschaft“ gut geht. Und der Wirtschaft geht es nur gut, wenn die Profite hoch sind, nur dann sind Investitionen zu erwarten, die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen bringen. Dieser strukturelle Zwang begrenzt sowohl die Einflussmöglichkeiten von „gesellschaftlichem Druck“ als auch von „alternativen“ oder „linken“ Parteien, selbst wenn sie es bis auf die Regierungsbänke schaffen.

Einer solchen Argumentation wird nun gerne entgegengehalten, dass es in bestimmten historischen Phasen sehr wohl

der Staat gewesen sei, der seine Bürger vor den allergrößten Zumutungen des Kapitals geschützt habe, etwa durch die staatlich verordnete Begrenzung der täglichen Arbeitszeit im 19. Jahrhundert oder den Ausbau des Sozialstaats mit Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung im 20. Jahrhundert. Dabei wird allerdings übersehen, dass es bei diesen Maßnahmen, obwohl sie die Situation der einzelnen ArbeiterInnen durchaus verbessern, vor allem darum geht, die Existenz der LohnarbeiterInnen als LohnarbeiterInnen zu erhalten: die Verkürzung des überlangen Arbeitstages war notwendig, damit die Arbeitskraft nicht gänzlich zerstört wird; Arbeitslosengeld erhält nur, wer „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht“ und für die Sozialhilfe, die im Prinzip jedem Bedürftigen zu steht, gilt das „Lohnabstandsgebot“ - der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft, auf dem das Kapitalverhältnis beruht, soll durch den Sozialstaat gerade nicht gemildert werden. Auch wenn viele sozialstaatliche Maßnahmen nur gegen den Widerstand der einzelnen Kapitalisten durchgesetzt wurden (da sie teilweise erhebliche Kosten mit sich brachten), sind solche Maßnahmen für die Fortexistenz des Kapitalverhältnisses von zentraler Bedeutung: sie sichern die dauerhafte Existenz einer Klasse von LohnarbeiterInnen. Die konkrete Ausformung und der Umfang des Sozialstaats ist mit dieser allgemeinen Funktionsbestimmung allerdings noch nicht festgelegt. Hier spielen dann in der Tat gesellschaftliche Auseinandersetzungen sowie die von der Profitabilität des Kapitals abhängigen größeren oder kleineren Verteilungsspielräume die entscheidenden Rollen. Welche sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen am besten geeignet sind, um „unsere Wirtschaft“ zu fördern, ist also nicht von vornherein klar. Die Erfordernisse der Kapitalakkumulation ändern sich mit den Bedingungen der Konkurrenz und sie sind auch in den einzelnen Ländern ganz verschieden, so dass es erhebliche nationale Unterschiede der Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt. Wie die Kapitalakkumulation am besten gefördert wird, wie die Position

des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt verbessert werden kann, muss immer wieder neu herausgefunden werden. Und schließlich muss auch für jede Politik ein gewisser gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden. Die Zumutungen, die die einzelnen Gruppen erfahren, müssen einigermaßen „gerecht verteilt“ erscheinen.

Was hierzulande unter „demokratischer Politik“ verstanden wird, die Diskussion in den Medien und den Parlamenten, die Anhörung von Experten, die Stellungnahmen von Interessengruppen etc. ist genau dieser Prozess, zum einen die Inhalte einer Politik zu bestimmen, deren Rahmen aber feststeht und von den Akteuren auch nicht in Frage gestellt wird und ihr zum anderen ein Höchstmaß an Legitimation zu verschaffen - bis hin zur Möglichkeit, die bestehende Regierung abzuwählen, damit eine neue Regierung mit mehr Legitimation und vielleicht auch mit geschickteren Maßnahmen innerhalb desselben Rahmens weiter agieren kann. Bei all diesen Prozessen handelt es sich keineswegs um ein klug ausgedachtes Täuschungsmanöver der Herrschenden, die alle Fäden in der Hand halten und von Anfang an genau wissen, was sie wollen. Es ist vielmehr ein Prozess, in dem Politik überhaupt erst formuliert und durchgesetzt wird. Allerdings ist dies kein tatsächlich offener Prozess, dessen Ausgang lediglich von den „Kräfteverhältnissen“ abhänge, so dass mit ausreichendem „gesellschaft-

lichem Druck“ dann auch alles mögliche durchgesetzt werden könnte.

Letzteres scheint aber die Illusion des Mainstreams der Globalisierungskritiker zu sein. Und inzwischen sind sie auch im Vorhof der „etablierten Politik“, die sie verändern wollen, angekommen. Nach anfänglicher völliger Ablehnung werden ihre Vorschläge nun allorten wohlwollend geprüft. Die rot-grüne Parteienslandschaft entdeckt zunehmend, dass hier ein Potenzial entsteht, das sich eines Tages auch in Wählerstimmen umsetzen könnte, und selbst Institutionen wie der IWF zeigen sich durchaus diskussionsbereit. Es ist schon absehbar, dass nun eine längere Debatte über die Tobin-Steuer und ähnliche Maßnahmen beginnt, dass Gutachten in Auftrag gegeben werden (selbstverständlich auch an „kritische“ Gutachter), dass Expertenhearings veranstaltet werden und in vielen Kommissionen und Ausschüssen über die Themen der Globalisierungskritiker diskutiert wird. Hier kann dann leidenschaftlich um die entscheidenden Nebensätze in den Abschlussdokumenten gerungen werden. Ein Teil der Bewegung ist gut beschäftigt und erhält eventuell sogar finanzielle Unterstützung für seine Arbeit. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass einige Anregungen von den Globalisierungskritikern aufgegriffen werden. Denn wie viel Regulation der internationale Kapitalverkehr wirklich benötigt, um nicht seine eigene Profitabilität zu untergraben, ist keine ein für allemal

zu klärende Frage. Auch die Emphase, mit der vor allem die von Pierre Bourdieu gegründete Gruppe „raisons d'agir“ für ein soziales Europa streitet, das sie den neoliberalen USA entgegengestellt, enthält euronationalistische Momente, die sich von der EU hervorragend funktionalisieren lassen.

Dass die Kritik, die die Globalisierungsgegner am gegenwärtigen Kapitalismus üben, nicht sehr weit reicht und dass sie sich mit den institutionellen Mechanismen „demokratischer Politik“ gut integrieren lässt, sollte allerdings kein Grund sein, diese Kritik einfach links liegen zu lassen. Ihre relativ weite Verbreitung ist ein Indiz für ein wachsendes Unbehagen. Die Versprechungen, die Anfang der 90er Jahre auch viele ehemalige Linke mit Markt und Zivilgesellschaft verbunden hatten, lösten sich in den Krisen und Kriegen, die folgten, weitgehend auf. Die Vorstellung der Globalisierungsgegner von einem sozialen Kapitalismus, wie auch ein Nationalismus in neuen Formen (vielleicht bis hin zum Kampf der „zivilisierten Welt“ gegen die „Barbaren“, der nach den Anschlägen von New York und Washington ausgerufen wurde), stehen bereit, dieses Vakuum zu füllen. Die Linke sollte sich jedenfalls mit dem, was sie an Kapitalismus- und Staatskritik aufzubieten hat, in diesen Prozess einmischen.

Michael Heinrich,
Mitarbeiter der Zeitschrift PROKLA
www.prokla.de



[Die Linke sollte sich jedenfalls mit dem, was sie an Kapitalismus- und Staatskritik aufzubieten hat, in diesen Prozess einmischen.]



Give me convinience or give me death



In Deutschland nimmt in der Debatte linker GlobalisierungskritikerInnen Maria Mies eine herausragende Rolle ein, weil sie zum einen schon früh die tiefgreifenden Einflüsse der vorgängigen Veränderungen erkannte und ihr zum anderen durch eine Verbindung früherer antiimperialistischer und feministischer Theorien mit denen der GlobalisierungskritikerInnen ein Brückenschlag zwischen verschiedenen Bewegungen gelang.

Ihre Argumente weisen große Überschneidungen mit gängigen Argumentationen der Globalisierungsbewegung sowie deren TheoretikerInnen auf und sollen deshalb auch stellvertretend für diese diskutiert werden. Da es sich bei den GlobalisierungskritikerInnen um eine Strömung und nicht um eine regelrechte Schule mit klar definierbaren Positionen

handelt, finden sich die im folgenden ausgeführten Ansätze nicht bei allen in gleicher Weise, dennoch gibt es eine Reihe von Grundannahmen und Schlüssen welche die Debatten prägen.

Durchzogen wird die Argumentation der GlobalisierungskritikerInnen von zwei zentralen Grundannahmen. Erstens: der Kapitalismus bedarf ungerechter Tauschverhältnisse zu seinem Überleben. Dies ist bereits bei einem oberflächlichem Studium der entsprechenden Literatur durch die häufig wiederkehrenden Begriffe Raub und Betrug zu erkennen und zweitens der bürgerliche Staat stellt ein Bollwerk gegen die Ökonomie dar indem er die von den Bürgern oder dem Volk erkämpften Leistungen sichert und garantiert.

Im folgenden soll vor allem auf die Konsequenzen dieser Schlüsse eingegangen werden.

Im Zentrum der Kritik aktueller kapitalistischer Verhältnisse wird vielfach die Ungerechtigkeit des Austausches zwischen Erster und Dritter Welt oder zwischen Zentrum und Peripherie gestellt. Ausgegangen wird dabei von folgender Grundannahme: die Metropolen können sich „nur dadurch entwickeln, wachsen, reich werden, dass sie andere kolonialisieren, hinunterentwickeln, berauben und ausbeuten“ (S.202). Analog zu den traditionellen antiimperialistischen Theorien, kann der Kapitalismus nur wachsen, wenn er nicht kapitalistische Bereiche vorfindet, die er seinen Prinzipien unterwerfen und damit sein eigenes Wachstum garantieren kann. Dem entsprechend können die „Anderen“ neben der 3. Welt „Subsistenzbauern, Handwerker, Menschen im so genannten ‚informellen Sektor‘ vor allem aber Frauen weltweit und nicht zuletzt die Natur“ sein (S.203).

Charakterisiert wird der Kapitalismus deshalb vornehmlich mit Vokabeln, die entweder dem Verzehr (Raubtier, fressen usw.) oder der Wegelagerung entlehnt sind. Was im Zeichen der Globalisierung beginnt, wird bezeichnet als eine neue Phase des „Raubtierkapitalismus und der unbegrenzten transnationalen Tyrannei“ (wie Susan George zustimmend auf S.7 zitiert wird).

Während in den Ländern der Peripherie vornehmlich billige Arbeitskraft und Rohstoffe geraubt werden, sind es in den Industrieländern die Leistungen der öffentlichen Versorgungssysteme, „die Veräußerung und Preisgabe der Ergebnisse der jahrzehntelangen Arbeit tausender Menschen an eine winzige Minderheit großer Investoren. Dies ist einer der größten Raubüberfälle unserer und aller bisherigen Generationen.“ (S.70) Privatisierungen sind ja auch eine der meistempfohlenen Maßnahmen des

IWF und der WTO, übrigens „eins der schlimmsten Instrumente der profitgierigen, niemanden Rechenschaft schuldhigen Herrschaft“ (S.138). Und IWF und WTO verweisen uns auf die „Transnationalen Konzerne (TNKs), die ja die eigentlichen Drahtzieher hinter MAI und WTO sind.“ (S.34). Unbestritten ist, dass der Abbau von Gesundheits- und Sozialsystemen Millionen ins Elend stürzt und der Protest gegen jede Verschlechterung der eigenen Lebensbedingungen ein legitimes Anliegen ist. Jedoch scheint uns die Beschreibung der momentanen Veränderung als Raub für eine angemessene Kapitalismuskritik ungeeignet. Die Menschen in der Dritten Welt verhungern nicht weil sie beraubt werden, sondern weil sie für die Verwertung des Kapitals uninteressant sind und eben nicht ausgebeutet werden. Es handelt sich für das Kapital „nur“ um brach liegende Arbeitskraftreservoirs, die es momentan nicht benötigt. Das öffentliche Leben wird nicht in erster Linie zu Gunsten eines großangelegten Betrugs privatisiert, sondern weil sich der Staat auf Grund veränderter Verwertungsbedingungen unnötigen Ballasts entledigt. Ob diese „Verschlankung“ den Tod oder nur die Arbeitslosigkeit der Betroffenen bedeutet ist vielleicht für die Regulierung sozialer Spannungen von Bedeutung, spielt aber sonst bei der Bereinigung von Standorten keine Rolle.

Die GlobalisierungskritikerInnen „wollen nicht, dass ihr Leben von irgendwelchen fernen Chefetagen transnationaler Konzerne bestimmt wird“ (S.19), sie kämpfen gegen die „konzerngesteuerte Globalisierung“ (S.147) und folgerichtig schließen sie: „Man dürfe den Konzernen und ihren politi-

schon Handlangern keine Ruhe lassen“ (S.35), damit die Kontrolle über die Wirtschaft „von den Aufsichtsratsräumen weit entfernter Konzerne zurück[kehrt] in die Gemeinwesen, wo sie hingehört.“ (S.193) Anstatt das Wesen bürgerlicher Herrschaft als eines von „subjektloser Gewalt“ (Gerstenberger) zu begreifen, wird bei den GlobalisierungskritikerInnen der Kapitalismus zu einer Form personaler Herrschaft mystifiziert. Herrscher ist der Kapitalist, statt zu erkennen, dass der Kapitalist nur Charaktermaske ist und in seinen Entscheidungen beherrscht wird vom stummen Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse – dem Kapitalismus. Eine angemessenere Sicht scheint das folgende Marxzitat wiederzugeben:

„Die Sphäre des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum (...). Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware z. B. der Arbeitskraft, sind durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jedem von beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht die sie zusammenbringt ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen.“ (Karl Marx, Kapital)

Das Charakteristikum des Kapitalismus ist also nicht der Raub und demnach reicht es nicht Freiheit und Gleichheit aller Marktteilnehmer durchzusetzen, um ihn abzuschaffen. Das unkritische dieser Kapitalismuskritik ist, dass die



vom Kapitalismus hervorgebrachten Kategorien wie gerechter Tausch und Recht als vorgegeben akzeptiert werden und nur noch die Regulation der Ökonomie nicht mehr aber die die Gesellschaft bestimmende Ideologie betrachtet wird.

Mies kämpft z.B. gegen „die Tricks und ungesetzlichen Machenschaften der transnationalen Unternehmer“ (S.131). In solchen Formulierungen zeigt sich, dass Mies das bürgerliche Gesetz gegen den Kapitalismus einklagt. Damit verkennt sie, dass das Gesetz selbst auf das Kapital verwiesen ist und dessen Verwertung sichert und nicht etwa eine neutrale oder umkämpfte Instanz ist, mit Hilfe derer man dem Kapitalismus zu Leibe rücken könnte. Die Idee, das Kapital an das Gesetz zu binden, schafft es nicht ab, sondern im Gegenteil sichert dessen Verwertung. Marx kritisierte gerade diese Vorstellungen an den utopischen Sozialisten, „den notwendigen Unterschied zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu begreifen, und daher das überflüssige Geschäft zu übernehmen, den idealen Ausdruck, das verklärte und von der Wirklichkeit selbst als solches aus sich geworfene reflektierte Lichtbild, selbst wieder verwirklichen zu wollen.“ (Rakowitz, Einfache Warenproduktion S.37).

Schwierig und unverständlich werden die theoretischen Ausführungen vieler GlobalisierungskritikerInnen durch die Vermischung marxistischer Begriffe, wie z. B. Ausbeutung oder gerechte Tausch-

verhältnisse, mit deren umgangssprachlicher Bedeutung. So mag es vielleicht ungerecht erscheinen, wenn Waren zu Bedingungen getauscht werden, die den einen immer reicher und den anderen verhungern lassen. Doch ungerecht wird der Tausch erst, wenn keine äquivalenten Waren getauscht werden oder sich der Tausch nicht freiwillig, d.h. z.B. durch Gewalt zustande kommt, was aber auf dem Weltmarkt nicht die Regel ist. Auch die Arbeiterinnen in den Sweat Shops gehen in aller Regel freiwillig hin, sie haben zwar keine andere Wahl, nur die Verhältnisse und keine andere Macht zwingt sie. Das Gesetz schützt genau diese Zustände, das Eigentum der Unternehmer gleichermaßen wie das der Arbeiter. Das Verbot Gewalt anzuwenden gilt sowohl für den Unternehmer als auch für den Arbeiter. Dadurch werden vom Gesetz die Umstände erhalten, die den Arbeiter dazu zwingen täglich seine Arbeitskraft zu verkaufen und sich seiner Ausbeutung zu unterwerfen. Diese Standards durchzusetzen ist das Ziel der großen Welt-handelsorganisationen. Dass Geschäfte erzwungen werden, Arbeiter in Fabriken mit Gewalt niedergekämpft werden und die reichen Industrienationen indem sie sie die ökonomischen Rahmenbedingungen bestimmen Dritte Welt Länder in den Ruin treiben, ist unbestritten. Doch es ist fraglich ob diese Umstände für kapitalistische Verwertung unabdingbar sind.

☐ Bedtime for democracy

Von ähnlicher Qualität ist Mies Verständnis des Parlamentarismus. Die Globalisierung führt zu einem „Ende der Demokratie“ (S.60), „demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen erweisen sich als impotent gegenüber den Interessensvertretern des international operierenden Kapitals“, „Handel und Profit stellen höhere Werte dar als die Demokratie“. Es findet eine „Entmachtung der Politik durch die Wirtschaft“ und eine „Zerstörung der Demokratie“ statt. Der globale Freihandel wird angegriffen, weil er „prinzipiell unvereinbar ist mit dem, was die Menschen überall unter Demokratie verstehen“ (S.14). Die GlobalisierungskritikerInnen sind „gegen die Zerstörung der Demokratie durch die globale und totalitäre Herrschaft der Multis“ (S.138). Wirtschaftsentscheidungen „werden von Beamten und Bürokraten getroffen, die häufig die Entwürfe für ihre Wirtschaftspolitik nicht von den nationalen Parlamenten erhalten, sondern von den mächtigen Industrie-lobbys mit ihren ständigen Vertretungen in Brüssel oder in Washington“ (S.61). Anders ausgedrückt, dass Lobbyverbände „die Profitinteressen der Transnationalen Konzerne über das Instrument der EU-Kommission hinter dem Rücken der gewählten Volksvertreter durchsetzen, und zwar auf Kosten der Menschen, der Umwelt und der Demokratie“ (S.145).

Also zusammengefasst kommen die GlobalisierungskritikerInnen zu der Erkenntnis, „dass heute die Wirtschaft, sprich, Großbanken und Großkonzerne, über die

Politik entscheidet und nicht umgekehrt, dass das Volk, der Souverän, durch seine gewählten politischen Vertreter die Wirtschaftspolitik bestimmt“ (S.185).

Interessant wäre zu wissen wann und wo dieses Goldene Zeitalter der Demokratie stattgefunden haben soll. Ein solches Verständnis ist eine Verklärung des Parlamentarismus. Anstatt Wahlen als ritualisierte und organisierte Zustimmung zur eigenen Entmündigung zu verstehen, mit Hilfe derer die Oligarchien unter sich ausmachen wer jetzt ein paar Pöstchen mehr bekommt. Wie es mit grundlegender Opposition im Parlamentarismus aussieht kann man sich an der Geschichte der Grünen und SPD ansehen, in der sich die integrierende Macht des parlamentarischen System gezeigt hat, mit Mies kann dies nur als Verrat verstanden werden. Außerdem sollte auch nicht vergessen werden, wie mit demokratischen und gesetzlichen Mitteln der erste Weltkrieg angezettelt, die Novemberrevolution zusammengeschoßen wurde, Hitler die Macht übertragen wurde, die Nazi nach dem Krieg die Rente bezahlt, der Polizeistaat der Terroristenverfolgung installiert wurde oder das neue Deutschland in den Krieg zieht, um Demokratie und Rechtsstaat überall auf der Welt durchzusetzen, um nur eine paar Beispiele aus der kurzen Geschichte der deutschen Demokratie zu nennen.

Bei der Rede von der Souveränität des Volkes und vom Staatsbürger sollte

auch daran erinnert werden, was für Ausschlussmechanismen hier am Werk sind, die Leuten den Genuss der Mitgliedschaft an z.B. der deutschen Volksgemeinschaft verweigern das Wahlrecht, der Anspruch auf ein halbwegs erträgliches Leben durch für deutsche garantierte Sozialleistungen sowie die Möglichkeit seine Interessen politische zu artikulieren sind hier nur einige Beispiele.

☐ Soup is good food

„Ich denke, viele Leute in meiner Generation – nicht die Mehrheit vielleicht, aber viele – fühlen diese Leere. Wir fühlen, daß der Kapitalismus und das Kaufen von all diesen Sachen uns einfach keine Erfüllung bringt.“ (Finnegan nach Mies S.48) Diese Problematik wurde am besten noch von Debord 1967 beschrieben: „Das Spektakel ist ein ständiger Opiumkrieg, um die Identifizierung der Güter mit den Waren und auch die der Zufriedenheit mit dem sich nach seinen eigenen Gesetzen vermehrenden Überleben aufzuzwingen. Wenn aber das konsumierbare Überleben etwas ist, das sich ständig vermehren muss, so deshalb, weil es die Entbehrung unaufhörlich enthält. Wenn es kein Jenseits des vermehrten Überlebens gibt, keinen Punkt, an dem dieses Überleben sein Wachstum beenden könnte, so deshalb, weil es selbst nicht jenseits der Entbehrung liegt, sondern die reicher gewordene Entbehrung ist.“ (§44 Gesellschaft des Spektakels)

Um gegen dieses Problem vorzugehen empfiehlt Mies die „Förderung des Bewusstseins einer wirklichen Bedürfnisbefriedigung, statt Abhängigkeit vom Staat und/oder den Großkonzernen“ (S.186) und fördert, die Menschen dazu zu bringen, das Konsummodell, das die global players anbieten, abzulehnen. Was aber die Frage aufwirft, was denn diese wirklichen oder natürlichen Bedürfnisse eigentlich sein sollen und wo dieser natürliche Schatz in uns begraben sein soll. Gespeist wird die Vorstellung des Natürlichen zum einen aus einer marxistischen Tradition, die das Klassenbewusstsein als objektiv Richtiges zu erkennen glaubt und zum anderen aus der Ökobewegung, die Bedürfnisse ähnlich einer Dritten Niere als biologische Tatsache begreift.

Falsch sind beide Vorstellungen, da Bewusstsein und Bedürfnisse zwar sozialen Verhältnissen und nicht dem Bauch entspringen, den Mystifikationen dieser Verhältnisse aber alle Angehörigen der jeweiligen Klassen in gleichem Maße erliegen. Auch die Verlierer des Kapitalismus oder die ausgebeutete Klasse durchschauen die Verhältnisse auf Grund ihrer Lage nicht besser.

Problematisch ist die Vorstellung natürlicher Bedürfnisse, weil diese Bedürfnisse, gerade weil sie das objektive Wohl aller beinhalten, für jede politische Maßnahme reklamiert werden können und somit immer die Möglichkeit des Terrors im Namen dieser Ursprünglichkeit beinhalten.

Laut Mies müsste der Prozess der Lokalisierung begleitet sein von einem „Prozess der Konsumbefreiung.“ (S.197) Diese „Konsumbefreiung“ gewinnt Formen mit dem Begriff der „Subsistenzproduktion“. Subsistenzproduktion ist definiert als „alle Arbeit, die bei der Herstellung und Erhaltung des unmittelbaren Lebens verausgabt wird und auch diesen Zweck hat. Damit steht der Begriff der Subsistenzproduktion im Gegensatz zur Waren- und Mehrwertproduktion. Bei der Subsistenzproduktion ist das Ziel ‚Leben‘. Bei der Warenproduktion ist das Ziel Geld, das immer mehr Geld ‚produziert‘ oder die

Akkumulation von Kapital.“ (S.204-5) Beispiele für die Konsumbefreiung wären z.B. „Car-Sharing-Systeme, Initiativen neuer Nachbarschaftshilfe und neue Gemeinwesenprojekte enthalten Elemente der Subsistenzorientierung“ (S.206). Hier findet das große Wunder der einfachen Warenproduktion statt, die in den Tauschringen das Geld abgeschafft, aber die Gegenstände nach Werten tauscht, die durch die Arbeit bestimmt werden. Solche Vorstellungen beginnen mit umständlichen Tauschhandlungen, um ja nur kein Geld zu gebrauchen, und enden mit dem Stundenzettel – und wir sind wieder beim Geld angelangt. Wie Wert ohne Geld nicht existieren kann, so können beide nicht ohne Akkumulation und Konkurrenz – sprich das Kapitalverhältnis – gedacht werden. So ist ihre Subsistenzproduktion (oder klassischer ausgedrückt „einfache Warenproduktion“ wie diese) nur ein hilfloser Versuch der Reproduktion des Kapitalverhältnisses zu entfliehen.

Dass „Subsistenzmärkte die menschlichen Bedürfnisse besser, nachhaltiger, herrschaftsfreier, natur- und frauenfreundlicher befriedigen“ (S.205), haben wir uns fast gedacht, aber wieso Neighbourhoodwatch (engl. für Nachbarschaftshilfe) herrschaftsfreier ist bleibt leider offen. Mies Plädoyer für die Idiotie des Landlebens als emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus, ist abgesehen von seiner grundsätzlichen Grauenhaftigkeit, auch noch ein sich selbst belügen über die eigene Verstricktheit. Der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugte Reichtum erscheint so ebenfalls weitgehend neutral, also gesellschaftlich prinzipiell zur Disposition stehend. Und so wird der Kapitalismus und das von ihm produzierte Elend zum reinen Verteilungsproblem, dem man mit der Konsumbefreiung beikommen kann.

☐ California über alles

Die Suche nach den natürlichen Bedürfnissen, nach dem vom Kapitalismus noch nicht eingeholten unverdinglichten Rest, führt aber nicht nur zu den

rührenden Versuchen, draußen bei Mutter Natur mit seines Gleichen zu sich selbst zu finden, sondern ebenso zu Rassismus. Gerade hier besteht die gefährlichste Nähe zwischen rechten und linken GlobalisierungskritikerInnen. Mit diesen teilen sie die Vorstellung das gesunde Volk werde von einer es durchdringenden Macht ins Verderben gezogen. Natürlich macht es dabei einen riesigen Unterschied ob man unter Volk eine biologische Gemeinschaft oder die Summe der Menschen die in einem Land leben sieht. Auch wenden sich ja ein Großteil der GlobalisierungskritikerInnen gegen Rassismus und ausgrenzende Gesetze, allerdings ist die Verteidigung der gewachsenen Strukturen gegen die Gier der internationalen Konzerne und Institutionen, die ähnlich einem Western in ein noch friedlich schlafendes Dorf eindringen, unmittelbar von rechts anschlussfähig.

Dementsprechend werden in Mies Buch auch rassistische Banden als irgeleitete Globalisierungsoffer die in ihren natürlichen Bedürfnissen beschnitten werden dargestellt.

„Wenn sich rechtsgerichtete junge Männer in neuen faschistischen Männerbünden zusammenschließen und gegen Ausländer und Juden zu Felde ziehen, dann suchen sie in diesen Männerbünden jene Sicherheit, die ihnen die globalisierte Gesellschaft nicht mehr bieten kann. Der Männerbund ist ihre Ersatzfamilie und ihre neue Heimat.“

Bei Linken und Progressiven in Deutschland wird kaum ein Begriff so tabuisiert und denunziert wie der Begriff der ‚Heimat‘. Diese Tabuisierung führt dazu, daß nicht verstanden wird, daß nicht nur die Rechten ein tiefes Bedürfnis nach Heimat haben, das sie durch Nationalchauvinismus und Gewalt gegen Fremde ausleben, sondern auch die ‚Anständigen‘. Nur können auch sie dieses Bedürfnis in der globalisierten Welt nicht mehr befriedigen. Denn mit dem Wunsch nach Heimat verbindet sich nach Schmieder auch ‚das Bedürfnis nach einer nicht in erzwungener Mobilität zerstückelten Biographie‘, nach einer Identität, eben auch verstanden als Widerstand des Individuums gegen die gesellschaftliche

Zurichtung zur Momentpersönlichkeit.“ (S.201) Gegen diese „Momentpersönlichkeit“ erkennt man hier, dass es „therapeutischen Wert haben kann, Heimat als dynamisches Konzept zu begreifen, das auch die, die sie gewaltsam verloren haben, neu konzipieren können“ (Müller nach Mies S.191).

Das alte Leiden der linken Nationalisten, dass man den Rechten den Chauvinismus überlässt, schlägt hier durch. Während der Antiimperialismus noch den Unterschied zwischen dem guten und dem bösen Nationalismus kannte, wird hier dieser Unterschied beiseite geräumt. Die Volksgemeinschaft aber, die miefige Kuschelecke der vom Kapitalismus losgelassenen Subjekte, ist ein Projekt, dass man den Nazis beruhigt überlassen kann.

☐ Holiday in Cambodia

Globalisierung von unten „ist so vielfältig wie das Leben und die menschlichen Gemeinschaften und taucht überall in der Welt auf, wo das globale Kapital seine moderne ‚transnationale Tyrannei‘ (George) über Menschen, Kulturen und die Natur

errichtet.“ (S.173) „Der Widerstand muss so global wie das Kapital sein – aber sehr viel kreativer.“ (S.150) Die Idee, die erfinderischste Kraft überhaupt – das Kapital, das zur Produktivkraftentwicklung gezwungen ist – kreativ zu überflügeln ist ebenso unmöglich wie entlarvend. Denn der Verdacht, der sich bei der Anti-Globalisierungsbewegung immer aufdrängt bewahrheitet sich hier. „Weil ihnen keine Alternative zum Kapitalismus einfällt, sehnen sie sich nur nach einem menschlicheren Kapitalismus“ (Der Spiegel). Aber nicht nur wollen sie einen menschlicheren Kapitalismus, sondern einen produktiveren, effektiveren, besseren:

„Keine Monokultur! Stattdessen Mischkulturen – Rotation der Pflanzen, Wiederherstellen der Land- und Forstwirtschaft, um die Fruchtbarkeit des Bodens wiederherzustellen und die Produktivität zu erhöhen.“ (S.209) „Natürlich wird dies alles zunächst zu höheren Preisen führen. Wenn aber die heutigen billigen Preise, die ein Resultat der Globalisierung, Nichtbeachtung von Umwelt und Arbeitsrechten, vor allem in den sogenannten Billiglohnländern, sind, dadurch

unmöglich gemacht werden, dass regionale Blöcke, z.B. die EU, die Lokalisierungspolitik akzeptieren, dann kann das gesamte lokale Potential zur Verbilligung der Produktion ausgeschöpft werden. Die hohen, unnötigen Kosten der ruinösen Konkurrenz werden genauso reduziert werden wie die Kosten für Arbeitslosigkeit, für Armutsbekämpfung, für sozialen Ausschluss und Kriminalität. Der stärkere soziale Zusammenhalt in lokalen Ökonomien und, dadurch bedingt, ein höherer Grad an sozialer Sicherheit sind selbst auch kostensenkende Faktoren. Zudem werden natürlich auch in neuen lokalen Ökonomien die neuen computergesteuerten Technologien eingesetzt. Diese werden mit einem geringeren Ressourcen-Durchsatz billigere Produkte ermöglichen.“ (S.194)

Was als Kapitalismuskritik begann mündet so in einer Bewegung, welche sich den Kopf des Kapitals zerbricht, wie die Verwertung am besten zu gewährleisten ist und versucht ihn vor seinen eigenen Fehlern zu bewahren.

Antifaschistische Aktion Berlin
☐ www.antifa.de





This is not the end.

[it's only the beginning]

Bei den Protesten um die Globalisierung sticht bereits bei oberflächlicher Betrachtung ins Auge, dass die Protestierenden offensichtlich kein verbindliches Projekt jenseits des Protests eint. Keine Partei ruft sie und theoretische Bezüge werden eher als fragmentarischer Patchwork dargeboten. Dabei sind die GlobalisierungskritikerInnen momentan die Avantgarde der Linken was sich vor allem am Echo auf ihre Äußerungen ablesen lässt, weder rechte noch linke Medien versäumen es darauf zu reagieren. Das Bild das die GlobalisierungskritikerInnen abgeben, spiegelt durchaus die antikapitalistische Linke allgemein wieder, ihr Dilemma besteht darin, dass sie das erste Mal seit dem realsozialistischem Zusammenbruch wieder international Aufwind erfährt, aber kein Projekt anzubieten hat das die kritisierten Verhältnisse überwinden könnte. Am Ende des 20. Jahrhunderts, das geprägt war von unterschiedlichsten Versuchen den Terror der Ökonomie durch politische Mittel (unter anderem durch staatlichen Terror) einzudämmen, finden sich die Linken in einem Kapitalismus wieder, den alle Interventionen zu seiner Abschaffung nur immer stärker gemacht haben. Die von Frauen

jahrzehntelang erbittert erkämpften Rechte erwiesen sich ebenso funktional für die Verwertung des Kapitals, wie die Organisation der ArbeiterInnen, um nur zwei wichtige Beispiele linker Geschichte zu nennen. Als Erklärung für die weltweite Entwicklung verlor die antiimperialistische Vorstellung, wonach das Kapital auf einen fortgesetzten Raub an der Peripherie angewiesen ist, an Schlüssigkeit. Viel stärker als von den meisten angenommen, setzt sich der Kapitalismus durch die ihm selbst innewohnenden Zwänge, z.B. zur Arbeit gehen zu müssen, statt durch nackte Gewalt durch, was auch Konsequenzen für die Überwindung des Kapitalismus mittels Gewalt hat. Obwohl die elementaren Funktionsweisen des Kapitalismus vielen längst durchschaut schienen, war es offensichtlich nicht möglich eine Gesellschaft zu erdenken und zu erkämpfen, die Konkurrenz und Ausbeutung überwinden konnte. Offensichtlich ist es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, Utopien in Diskussionen zu ersinnen und dann in Reformen oder Revolutionen umzusetzen. Daraus ergibt sich die Frage ob dies deshalb unmöglich ist, weil die Welt so unordentlich ist und immer was dazwischen kommt, oder ob nicht

vielmehr jede Politik, sofern sie Hand an die Verhältnisse legt, automatisch in deren Sachzwängen und notwendig falschen Gedankenformen wiederfindet. Verschärft wurden die Probleme noch dadurch, dass gezeigt werden konnte, dass die durch eine unzutreffende Kapitalismuskritik hervorgerufenen Schlüsse nicht nur zu falschen, sondern darüber hinaus reaktionären Ergebnissen führen können. Will die Bewegung der GlobalisierungskritikerInnen nicht hinter ihre Vorgängerinnen zurückfallen, muss sie sich unseres Erachtens den oben genannten offenen Fragen stellen. Diese, allgemein als Krise der Linken beweihte, Infragestellung bisher sicherer Positionen lässt sich nicht auf akademische Diskussionen beschränken. Sie prägt die Auseinandersetzungen um Wirkung und Stoßrichtung von Protesten, nicht nur was die letztendlichen Ziele politischen Handelns betrifft sondern ganz unmittelbar bei der Wahl politischer Mittel: Wird bei den Protesten gegen Welthandelsorganisationen etwas angegriffen oder handelt es sich dabei nur um eine lautstark vorgetragene Petition? Sind führende Politiker und Konzernchefs wirklich die Herrschenden, die man

umstimmen oder durch Konsumboykott zwingen muss gerechter zu handeln? Kann man die Verhältnisse umstürzen indem man sie gegen sozialere Politiker oder Staaten austauscht?

Fast alle Fehler und Mythen der Linken lassen sich in den verschiedenen globalisierungskritischen Publikationen wiederfinden. Die Verdienste unserer Bewegung sind trotzdem unbestreitbar, sie hat es geschafft die Kritikwürdigkeit des Kapitalismus wieder auf die Tagesordnung zu setzen und darüber hinaus rege Diskussionen über seine Funktionen und Veränderungen in Gang zu bringen. Im Gegensatz zu vielen Vorgängerbewegungen ist sie auch keine der sogenannten Teilbereichsbewegungen (wie z.B. Antifa oder Anti-AKW) deren Protagonisten sich erst listig mit Hilfe eines Missstands anschlichen, um dann auf die Verwerflichkeit des Kapitalismus und des Staates insgesamt zu verweisen. Die Diskussionen um die Globalisierung ermöglichen es offen über kapitalistische Verwertung und ihre Organisation in Staaten zu diskutieren. Selbstverständlich ergibt sich dieser Impuls nicht von selbst, sondern benötigt neben guten Argumenten auch den lautstarken organisierten Protest.



Handwritten scribble

**KEINE
KRIMINALISIERUNG
VON WIDERSTAND
IN GENUA
UND UEBERALL!**